

# Gürtel der Volksbote.

## Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419]

Der „Gürtel der Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu bezahlen. Preis viertjährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungssatz Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Petition oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 272.

Sonntag, den 19. November 1899.

6. Jahrgang

Hierzu eine Beilage und „Die neue Welt.“

### Das halbe Buchthaus.

Von 24 Mitgliedern der nationalliberalen Reichstagsfraktion — d. h. genau von der Hälfte der Fraktion einschließlich der vier Hospitanten — unterzeichnet, sind die angekündigten Anträge zum Buchthausgesetz im Reichstage eingegangen. Sie lauten nach dem „Vorwärts“:

Der Reichstag wolle beschließen:

I. An Stelle des § 1 des Entwurfs zu legen:

Artikel I.

Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Artikel II.

Die §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung erhalten folgende Fassung:

§ 152.

Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gesellschaften, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Vereinigungen oder Vereinbarungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.

Jedem Theilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen oder Vereinbarungen frei und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.

§ 153.

Wer durch körperlichen Zwang, Drohung, Erzwingung, Befreiung oder rechtswidrige Wegnahme, Vorbehaltung oder Beschädigung von Arbeitsgeräth, Arbeitsmaterial, Arbeitszeugnissen oder Kleidungsstücken

1. Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zur Theilnahme an Vereinigungen oder Vereinbarungen der im § 152 bezeichneten Art bestimmt oder zu bestimmen versucht oder von der Theilnahme an solchen Vereinigungen oder Vereinbarungen abhält oder abzuhalten versucht,

2. zur Herbeiführung oder Förderung einer Arbeiter-Aussperrung Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitnehmern bestimmt oder zu bestimmen versucht oder an der Annahme oder Heranziehung solcher hindert oder zu hindern versucht,

3. zur Herbeiführung oder Förderung eines Arbeiters Ausstandes Arbeitnehmer zur Niederlegung der Arbeit bestimmt oder zu bestimmen versucht oder an der Annahme oder Ausschöpfung von Arbeit hindert oder zu hindern versucht,

4. Personen, welche nicht oder nicht dauernd an einem Arbeits-Ausstand oder an einer Arbeits-Aussperrung teilgenommen haben, aus Abschaffung dieser Rechtseinlösung aus dem Arbeitsverhältniß herauszudringen oder sonst zu schädigen sucht,

wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist auf Geldstrafe bis zu dreihundert Mark zu erlassen.

Eine Befreiung oder Drohung liegt nicht vor, wenn der Thäter eine Handlung vornimmt, zu der er berechtigt ist, insbesondere wenn er befugter Weise ein Arbeits- oder Dienstverhältnis ablehnt, beendigt oder kündigt, die Arbeit einstellt, eine Arbeitseinstellung oder Aussperrung fortsetzt, oder wenn er die Annahme einer solchen Handlung in Aussicht stellt.

Der Drohung wird es gleich geachtet, wenn jemand in unehriger und belästigender Weise Arbeitgeber oder Arbeitnehmer auf Straßen und Wegen folgt, oder Wohnungen, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Hafen- oder sonstige Verkehrsanstalten oder den Zugang zu denselben bewacht oder besetzt hält. Straffrei ist das Warten oder der Aufenthalt an diesen Ortschaften oder in deren Nähe lediglich zu dem Zwecke, Nachrichten oder Auskünfte zu geben oder einzuziehen.

II. Die §§ 2 bis 11 des Entwurfs zu streichen.

Berlin, den 16. November 1899.

Büsing. Möller (Duisburg). Dr. Sattler.

Böhl. Depken. Dr. Endemann. Dr. Eiche. Dr. Hesse. Dr. Heilsbergstadt. Hilbert. Hölsche. Horn. Holzgang. Kahlde. von Kaufmann. Kettner. Kraemer. Dr. Lehr. Dr. Paalde. Rimpau. Schulze. Stainen. Tönnes. Uhlemann. Bamhoff.

Die nationalliberalen Anträge gehen in den Spuren, welche Professor von der Borghorst in seiner kürzlich auch von uns besprochenen Schrift vorgezeichnet hat. Sie unterscheiden sich von den Vorschlägen des parteigünstigen Professors nur dadurch, daß sie von dessen Vorbedingungen befreit Sicherung des Koalitionsrechts die bedeutamsten nicht übernehmen. Die juristische Höhestellung und Sicherung der Berufsbvereine, welche der Professor forderte, wird von den praktischen Beeideteckern des Industrie-Deputatmus beiseite geworfen. Unverhüllt und bar der Scham tritt der Anschlag gegen das Grundrecht der arbeitenden Klasse auf den Plan.

In den nationalliberalen Anträgen ist alles WeSENTLICHE der Buchthausvorlage enthalten. Auf den Buchthausparagraphen, der sich nur aus bekannten Gründen in das Gesetz verirrte, hat die Regierung längst verzichtet. Aber alles GEFÖRDLICHE, alles, was geeignet ist, die Erdrosselung des Koalitionsrechtes herbeizuführen,

haben die Herren um Möller und Hilbert sich zu eigen gemacht.

Das Ausnahmegesetz des § 153 der Gewerbe-Ordnung, dessen Beseitigung eine Lebensnotwendigkeit für die arbeitenden Klassen bedeutet, wird durch eine Unzahl neuer, verschärfter, zu tausend rabulistischen Auslegungen fünen verfügenden Ausnahmen bestimmen vermehrt. Bahllose neue strafbare Thatbestände werden konstruiert, auf daß keine Arbeiterorganisation, die sich gegen Unternehmerübermuth wehren oder eine Hebung ihrer Lage will, die Möglichkeit habe, ihren Willen auch nur einen Schritt weit in die That umzusetzen, ohne sich sofort hundertfältig in den Fällen der nationalliberalen Arbeiterpolitik zu verfangen.

Wir erwarten zuversichtlich, daß die Neutralität des nationalliberalen Beginnens um so schärfere Aussage in der Volksvertretung herbeiführen wird. Das deutsche Volk fordert vom Reichstag, daß er diese nationalliberalen Anträge mitsamt dem Buchthausentwurf selbst ohne jedes Federlesen mit kräftiger Hand in den Orbit versinke.

### Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Gürtel der Volksbote“.)

Berlin, den 17. November 1899.

Der Reichstag befindet in seiner heutigen Sitzung die zweite Lesung der Novelle zum Postgesetz.

Zur Beratung standen die §§ 4, 5 und 6. § 4 behandelt die wichtige Entschädigungsfrage. § 5 stellt das Verfahren bei der Geltendmachung der Entschädigungen fest, während der § 6 die üblichen Bestimmungen über das Inkrafttreten des Gesetzes enthält. Bei der Entschädigungsfrage waren wieder die Ansprüche der Anstalten auf einer und die ihrer Angestellten auf der anderen Seite getrennt zu berücksichtigen.

Zu den §§ 4 und 5 wird der Reichstag mit einer wahren Sündflut von Abänderungsanträgen überschüttet. Für den kapitalistischen Charakter der bürgerlichen Parteien ist es bezeichnend, daß die weitaus größte Mehrzahl dieser Anträge sich mit dem Postbeamten beschäftigte, sei es, für die Privatanstalten eine höhere Entschädigung zu verlangen, sei es das Verfahren bei der Feststellung ihrer Ansprüche günstiger für sie zu gestalten. Allerdings soll und darf nicht verkauft werden, daß bereits in der Kommission die sozialdemokratischen Anträge auf bessere Entschädigung der Angestellten angenommen waren und im Plenum mindestens kein Versuch gemacht wurde, unter diese Sache herunterzugehen. Ueberhaupt beschäftigte sich mit den Angestellten nur ein einziger Antrag, der von den beiden Postparteien gestellt wurde; die redaktionelle Fassung desselben erschien zunächst nicht unbedenklich, sodaß anfangs Singer im Namen unserer Fraktion sich gegen ihn erklärte; nachdem durch die Erklärungen Hirschmann's die Bedenken gehoben waren, stimmten die Sozialdemokraten mit der Freisinnigen für den Antrag, der aber trotzdem abgelehnt wurde.

Aus der ziemlich lebhaften und ausgedehnten Debatte ist hervorzuheben, daß gegenüber der Meinung sämtlicher großer bürgerlichen Parteien des Hauses, die privatkapitalistischen Interessen in den Vordergrund zu schieben, Podbielski sich genugt sah — o Ironie des Schicksals! — mit der Beweisführung der sozialdemokratischen Redner zu operieren. Dem Entschädigungsgegner, das von der Rechten, der Mitte und Stadtbürgern mit Kraft, Nachdruck und Geschick entgegen: sie führten aus, daß von einer Pflicht des Staates, die Privatanstalten zu entschädigen, gar keine Rede sein könne und es sich nur um einen Akt der Willkür handle. Auch verfehlte Singer nicht, den ganzen sozialpolitischen Kurs des Postgenerals, namentlich die thatsächliche Vernichtung des Koalitionsrechtes der Beamten, aufzuklären zu gezielen. — Eine sehr unnötige juristische Debatte entfachte der süddeutsche Demokrat Hirschmann, der doch den Monchstermann nicht so ganz verleugnen kann.

Die meisten Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Zur Annahme gelangte nur der Antrag Marcour (Zentr.), wonach als Maximum der Entschädigung der zehnfache Betrag des durchschnittlichen Reingewinns der vor dem 1. April 1898 liegenden drei Geschäftsjahre festgelegt wird, sowie ein Antrag Rickert, der an die Stelle des vorgeschlagenen Schiedsverfahrens

des ordentlichen Gerichtsverfahrens im Falle nicht erzielter gütlicher Vereinbarung treten läßt.

Dass sich auf der Tribüne mehrere Direktoren u. s. w. von Privatpostanstalten befanden, möge nachträglich Erwähnung finden.

Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung steht die zweite Lesung der Fernsprechgebühren- und Telegraphenordnung.

103. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Ende des Bundesrates: v. Podbielski.

Die 2. Beratung der Novelle zum Postgesetz wird fortgesetzt bei Art. 4, welcher die Entschädigungen für die Privatpostanstalten und die Angestellten derselben festsetzt. — Die Entschädigung für die Gesellschaften soll das achtfache des jährlichen Reingewinns nicht übersteigen, den die Anstalt im Durchschnitte der vor dem 1. April 1898 liegenden drei letzten Geschäftsjahre erzielt hat. Das erste Geschäftsjahr nach Errichtung der Anstalt wird hierbei nicht in Betracht gezogen. Die Bediensteten erhalten, wenn die Beschäftigung 3 Monate bis einschließlich 6 Monate gedauert hat, ein Zwölftel, bei mehr als 6 Monaten bis einschließlich 1 Jahr zwei Zwölftel, bei mehr als 1 Jahr bis anderthalb Jahr drei Zwölftel, bei mehr als anderthalb bis zwei Jahren 4 Zwölftel, bei mehr als 2 bis 3 Jahren 6 Zwölftel, bei mehr als 3 bis 4 Jahren 9 Zwölftel usw., für jedes weitere Beschäftigungsjahr mehr 3 Zwölftel des innerhalb der letzten 12 Monaten bezogenen Gehaltes oder Arbeitsverdienstes als einmalige Entschädigung. Gehälter über 5000 Mark dürfen nur mit 5000 Mark angerechnet werden. In Verbindung damit wird Artikel 5 berathen, der von dem Anspruch auf Entschädigung handelt.

Dazu liegen vor zu Art. 4 die Anträge

Hausmann (Südd. Bp.), Müller-Sagan, Eichhoff (ZBp.), die den jährlichen Reingewinn, den die Anstalten im Durchschnitt der vor dem 1. April 1898 liegenden drei letzten Geschäftsjahre erzielt hat, zu Grunde legen, und denjenigen Beamten, die in den Reichspostdienst übernommen werden, eine mit dem bisherigen Einkommen bedachte Dienststelle gewähren wollen.

Ferner liegen vor:

Antrag Dertel (R.), die obere Grenze der Entschädigung für die Anstalten das achtfache zu erhöhen und auch die Zeit bis zum 1. April 1899 mit in Rechnung zu bringen.

Antrag Marcour (Z.), der dem ersten Theile des Antrags Dertel entspricht und als Minimum das Fünffache des Reingewinns einzufügen will.

Antrag Schmidt-Worburg (Z.), der den Entschädigungsberichtigten den Reichsweg für die Festsetzung der Entschädigung offen halten will.

Antrag Rickert (FBg.), der den § 252 des bürgerlichen Gesetzbuchs als Grundlage für die Festsetzung der Entschädigung ansieht wissen will. Zu Artikel 5 beantragt Abg. Rickert, die Berufung nicht bei einem Schiedsgericht, sondern bei den ordentlichen Gerichten obligatorisch zu machen.

Singer (SD): Gegenüber meiner gestrigen Behauptung, die Postfahrt bestelle täglich in Berlin nur 2-3 mal,theilt mir die Gesellschaft mit, daß sie 4 mal bestellt. Auch theilt sie mir mit, daß ihre Beamten schon nach 2-3 Jahren denselben Lohn erhalten wie die Unterbeamten der Reichspost. Ich hielte mich für verpflichtet, dies mitzuteilen, um nicht in den Verdacht zu kommen, absichtlich falsche Behauptungen aufzustellen. — Die neueste Musterleistung der Reichspostverwaltung zur Unterdrückung des Koalitionsrechts ihrer Unterbeamten macht es uns außerordentlich schwer, ihr durch dieses Gesetz die Möglichkeit zu geben, noch mehr solcher Beamten in ihre Reihen aufzunehmen. Wie stehen grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die Entschädigung der Unterbeamten der Privatpost erst in Frage kommen soll, wenn diese Beamten nicht in den Reichspostdienst übernommen werden können. Für die Reichtestellung werden vorwiegend politische Gründe geltend gemacht werden. Die neuen Beamten, die eingestellt werden, werden von vornherein darauf verzichten müssen ihre Gehaltung irgendwie zu betätigen. Dieser Zustand gereicht der Postverwaltung nicht zum Anhause, aber auch nicht der Gesetzgebung, die einen solchen Zustand duldet. Die gestern angeführten Gründe in Verbindung mit der Erwähnung, daß die soziale Position der Unterbeamten bei der Reichspost doch gesicherter ist, als bei den Privatposten, veranlassen uns aber schließlich doch, den Boden der Vorlage zu betreten. Wir bedauern, daß die Entschädigungen der Beamten nicht reichlicher bemessen sind. Sie gehen aber über die Vorschläge der Regierung bedeutend hinaus, und so werden wir sie wohl oder übel annehmen. Was die Entschädigungen der Gesellschaften betrifft, so werden wir auch hier die Kommissionsfassung annehmen und allen Anträgen auf Erhöhung der Entschädigung widerstreiten. Ich verstehe es, daß die Vertreter der individualistischen Richtung, die Freisinnigen, dem Reich die Übernahme der Privatpostanstalten möglichst thener wollen, vielleicht aus einer Art Abstechertheorie heraus, daß aber auch die anderen Parteien über die Kommissionsfassung hinausgehen, ist mir unverständlich. Höchstens stimmen wir für die Verstärkung der Zeit bis zum 1. April 1899 bei Feststellung der Entschädigung. Sehr charakteristisch ist, daß in allen Petitionen von Privatpostanstalten mit einziger Ausnahme der bisherigen, keine einzige die Entschädigung der Angestellten erwähnt. Der Antrag Hirschmann ist gut gemeint, bedeutet aber in Wirklichkeit eine Benachtheiligung der Angestellten. Nach dem Antrage sollen die Beamten das bisherige Dienstkommen erhalten, in der That werden sie voraussichtlich bei der Reichspost ein höheres Gehalt beziehen.

Im Hinblick auf die bekannte Langsamkeit unserer Justiz, erklären wir uns für die Errichtung von Schiedsgerichten. Ich bitte Sie also, die Kommissionsvorschläge anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Dertel (R.) begründet seinen Antrag, für den nicht alle seine politischen Freunde wären. Die Entschädigung für die Angestellten erfordere ihm genügend. Redner hält das Schiedsgerichtsverfahren für ausreichend. Die Schiedsrichter würden schwerlich am der schönen Augen des Herrn v. Podbielski willen (Heiterkeit).

anders als nach ihrem Gewissen entscheiden. Sollte sein Auftrag nicht die Zustimmung der Regierung oder des Hauses finden, so würden seine Freunde für den Antrag Marcour stimmen.

Staatssekretär v. Podbielski hält es für bedenklich, daß das heile Geschäftsjahr mit in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen. Rieckert (Frl. Bg.): Die Privataufgaben befinden sich in wohlerworbenen Rechten. Darum muß die Entschädigung nach allgemeinen Rechtsgrundlagen bemessen werden. Die Festlegung einer Maximalgrenze könnte eine sehr ungerechte Behandlung einzelner Ansprüche herbeiführen. Es ist richtiger, die ganze Festlegung dem ordentlichen Richter zu überlassen. Eine wesentliche Verzögerung wird dadurch nicht eintreten. Bei allen bisherigen Beschlüssen des Eigentums ist stets der Rechtsweg vorgelebt. Lassen wir uns von diesem Prinzip nicht abrängen. Redner bitter um Aufnahme seines Antrages, event. des von Schmidt-Barburg.

Staatssekretär v. Podbielski: Wäre Abg. Rieckert Mitglied der Kommission gewesen, so würden wir seine Aussichtungen g. Th. nicht gehört haben. Die Materien sind außerordentlich verschieden. Wir haben Privatpostanstalten mit 200 Mark und mit Millionen Kapital. Wie soll da ein einheitliches Prinzip zu Stande kommen? Inbetreff der Anstellung der Unterbeamten will ich erläutern, daß sie soweit sie brauchbar sind, auch von der Reichspost übernommen werden.

Dr. Marcour (B.): Aus der Überzeugung heraus, daß man der Post eine gewisse Freiheit in der Benutzung der Entschädigung geschenken müßt, habe ich einen Antrag gestellt. Ich wundere mich, daß Herr Singer gegen denselben polemisiert hat. In jedem Falle bin ich dafür, daß man den Privatposten eine noble Entschädigung zahlt. Ich möchte die Herren von der konservativen Partei bitten, ihren Antrag zu Gunsten des unseres zurückzuziehen. Will das Haus soweit gehen, wie es der Antrag Schmidt-Barburg thut, so würde ich mich auch damit einverstanden erklären.

Schmidt-Barburg (B.): Ich bin kein Freund der Privatposten, sie haben uns mit ausdrücklicher Ressame oft geradezu überflüttet. Dennoch bin ich für absolute Gerechtigkeit und die kann den Privatposten doch nur geschehen durch den geordneten Rechtsweg. Das wird auch dem Rechtsbewußtsein des Volkes am besten entsprechen. Falls die Gesellschaften aber den Rechtsweg beschreiten wollten, würde ich, der ich ihnen den Rechtsweg eröffne, ihnen davon abraten (Heiterkeit), denn es ist sehr schwer, den wirklichen Schaden nachzuweisen. Darin gebe ich dem Kollegen Singer Recht. Sollte mein Antrag abgelehnt werden, so würde ich, wenn auch mit schwerem Herzen, für den Antrag Rieckert stimmen, nach dem man den Rechtsweg erst nach langen Verhandlungen mit dem Fristus wird betreten können.

Konrad Haumann (Abg.): Entweder statuiert das Gesetz eine Entschädigungsplast, wie es bei der Entschädigung der Angestellten der Post ist, oder man beschreitet den Weg Reiters. Dieser Weg geht die Vorlage nur zum Theil, da sie durch Festsetzung einer Maximalsumme den Richter hindert, sein Urteil zur Ausführung zu bringen, wenn diese eine höhere Summe als die Maximalsumme für richtig hält. Das ist ein Rechtsbruch, das kann ich nur als Juristenprinzip bezeichnen. (Heiterkeit). Als man die Privatbahnen verstaatlichte, ist man sehr individuell mit der Entschädigung vorgegangen. Wahre Freunde an der hier beliebten Methode können nur die Sozialdemokraten haben. Wer die Expropriation in seinem Programm führt, für den ist es sehr wichtig zu sagen: "Wir expropriieren, legen auch eine Entschädigung fest, bestimmen aber gleichzeitig einen Maximalbetrag." Wenn dann jemand das für Unrecht erklärt, könnten die Herren sagen: "Wir expropriieren à la Podbielski. (Große Heiterkeit). Abg. Singer: Ganz richtig." Jawohl, Herr Singer, wir verstehen Ihr Verteilungsprinzip. — Der Antrag Marcour scheint mir die meiste Aussicht auf Annahme zu haben, ich werde daher den Unterantrag stellen, statt des Jahres 1898 1899 zu setzen. Der heile Antrag ist der Antrag Rieckert, sollte dieser keine Mehrheit finden, werde ich für den Antrag Schmidt-Barburg stimmen. Dann erscheinen für mich die Anträge Reiters und Marcour in Betracht. Den Vornutz Singers, wie wollten die Besitzer besser entschädigen als die Angestellten, wäre ich zurück. Er beweist nur eine blinde Vereinigung gegen Anträge, die sich mit Arbeitnehmerinteressen beschäftigen, von der Bourgeoisie. Herr Singer hat aber ganz vergessen, daß er in der Kommission ganz denselben Antrag gestellt hat (Videtur sprach bei den Sozialdem.). Herr Singer sagte, die Reichspostbeamten seien höher als die Privatpostbeamten bezahlt, in Stuttgart ist das Umgekehrte der Fall. Wenn jedoch unberichtigte Vorwürfe schon am grünen Holze des Herrn Singer posseieren, dann kann man sich nicht über andere Vorwürfe am grünen Holze der Sozialdemokratie wundern. Ich will nur wünschen, daß Herr Singer nicht bis an sein seliges Endziel (Heiterkeit) bei dieser Methode unrichtiger Angriffe bleibt. (Sehr gut bei den Freiern). Redner erklärt sich sodann gegen die Schiedsgerichte. (Beschall bei den Freiunten).

Koerten (B.) empfiehlt den Antrag Schmidt-Barburg. Es handelt sich um eine Expropriation des Privateigentums. Das Prinzip der Entschädigung ist von der Kommission anerkannt, aber es ist rein willkürlich zu sagen, der Schaden beträgt das Achtfache des Reingewinns. Das mag in dem einen Falle stimmen, in anderen andern aber nicht.

Staatssekretär v. Podbielski: hofft die Herren Parteien, in der Entschädigungsfrage nicht zu weit zu gehen. Von einer Entschädigung für entgangenen Gewinn kann nicht die Rede sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dass nicht alle Ansprüche besprochen worden seien, sei richtig; einige hätten aber die Vorlegung der Bücher verzögert. (Hört.) Die Einsichtnahme des letzten Jahres für die Berechnung der Entschädigung sei für die Regierung unannehmbar. Die Privatposten hätten zwar nicht ihre Bücher gefüllt, aber im Hinblick auf ihre Aushebung Ausgaben im letzten Jahre unterlassen, um ihren Gewinn zu steuern. Hätte das Haus eine Erhöhung der Entschädigung für geboten, so würde die Regierung einer Verhinderung nicht abgeneigt sein.

Graf Bernstorff-Lauenburg (Abg.) erklärt sich gegen die Mitverhandlung des letzten Sohnes.

Dr. Reiters (R.) zieht seinen Antrag zu Gunsten des Antrags Marcour zurück.

Rieckert (Frl. Bg.): Die Einheitsfähigkeit der Justiz wird am besten von den Gerichten selbst gewahrt. Deshalb läßt sich ein solcher Einbruch in die Gerichtsversammlung nicht rechtfertigen.

Singer (ED.): Wir bestreiten entschieden, daß hier von einem wohlerworbenen Recht gesprochen werden darf. Der Staat übernimmt den Betrieb der Geleitpost in Interesse der Allgemeinheit. Natürlich wird ihr der Schaden erzeigt, aber eine Entschädigung für entgangenen Gewinn darf sie nicht beanspruchen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch Jules Grandjean ist doch auch jede Fortsetzung der Arbeitzeit ein Eingriff in ein wohlerworbenes Recht der Unternehmer, eine Beeinträchtigung der Existenzsicherheit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gegen Herrn Hansemann muß ich meine Behauptung sturzhaft erhalten. Die Kommissionsaufsicht verbietet, daß die Leute weniger als bisher bekommen, aber er läßt es frei, daß er bei der Post ein höheres Gehalt als bisher bezahlt. Da gegen bestimmt der Antrag Hansemann, daß sie ein höheres Gehalt nicht bekommen dürfen. Wenn er das nicht sagen soll, so muß die Fassung eben angeändert werden.

Koerten (B.): Die Privatpost hat doch ein wohlerworbenes Recht, denn sie hat ihren Betrieb beispielhaft gegen stand der bestehenden Gesetze eingereichtet und ausgeübt. Es handelt sich hier nur um die Höhe der Entschädigung.

Stadthagen (ED.): Es ist darum kein anerkannter Rechtsstreit, daß wohlerworbbene Rechte, wie Herr Koerten diesen Betrag bestimmt, geschützt werden müssen. Diese Definition ist auch nicht richtig, denn es gibt eine Menge von Rechten, die man bejugt werden müßt und die der Staat doch nicht schützt, z. B. das Recht auf Leben, auf Freiheit u. s. w. Die Behauptung, daß woh-

erworbbene Rechte geschützt werden müßten, ist erst von dem Augenblick aufgetaucht, wo einer großen kapitalistischen Gesellschaft ein sogenanntes wohlerworbenes Recht genommen werden soll. Die Leute, deren wohlerworbenen Rechte durch Einführung von Böllen, Handelsverträgen u. c. geschädigt sind, haben keine Entschädigung erhalten. Bei der Unfallregelung ist schweres Unrecht denen geschehen, die durch die Fahrlässigkeit der Unternehmer geschädigt sind. Hier ist ihnen das wohlerworbenen Recht, daß sie voll entshädigt würden, entzogen worden. Ich erinnere Sie auch an den Faktor von Helgoland, der durch Entziehung eines wohlerworbenen Rechts durch das bürgerliche Gesetzbuch um 20—30 000 Ttl. jährlich geschädigt ist. (Große Heiterkeit.) Erinnern Sie das Recht auf Entschädigung an, so müssen Sie alle diese auch entschädigen. (Beschall bei den Sozialdemokraten.)

Hannemann (Abg. Bp.) hält seine Behauptung, daß eine Entschädigung für entgangenen Gewinn hier notwendig sei, in aller Form anstrengt. Herr Singer werde entweder für seinen Antrag stimmen müssen, oder er schädigt die Interessen der Unterbeamten. (Große Heiterkeit.) Erinnern Sie das Recht auf Entschädigung an, so müssen Sie alle diese auch entschädigen. (Beschall bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt hiermit. Bei der Abstimmung über die Anträge zu Art. 4, werben die Anträge Rieckert und Hannemann mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen Antrag Schmidt-Barburg.

Antrag Marcour (Entschädigung nicht unter dem süßsachen und nicht über den zehnmaligen Betrag des Durchschnittsreingewinns der vor dem 1. April 1898 liegenden letzten drei Geschäftsjahre) wird mit der Maßgabe angenommen, daß die Minimalgrenze gestrichen wird.

Artikel 4 wird in der durch den Antrag Marcour veränderten Fassung angenommen.

Artikel 5 gelangt mit dem Antrag Rieckert Erziehung des in der Vorlage vorgebrachten Schiedsgerichts als Berufungsinstanz durch Beschreitung des ordentlichen Rechtsweges zur Annahme.

Artikel 6 (Zulässtreten des Gesetzes) wird nach belangloser Debatte ebenfalls angenommen.

Damit ist die Novelle zum Postgesetz in zweiter Lesung beendet.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.

E.D.: Fernsprechabteilungsordnung und Telegraphenordnung in zweiter Lesung.

Schluß 5½ Uhr.

## Deutschland. Postgeschäfte.

Der Konsulat.

Sozialdemokratische Wahlseite. Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Spanien sind trotz aller Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, unsere Parteigenossen Schröder, Pieper, Hallek und Scholz als Sieger aus der vierjährigen Wahlkämpfe hervorgegangen, während die Genossen Kieger und Kunzel in Stichwahl fielen. Die Spandauer Arbeiterfamilie, die sich persönlich in der Wahlkampfzeit für uns eingesetzt hat, wurde von Lady Smith bereits seit Monat bekannt gegeben. Das würde mit den bisherigen Angaben, daß Lady Smith am Sonnabend, den 11. d. M., gesessen sei, ungefähr übereinstimmen und auch erklären, weshalb alle verschleierten Nachrichten der Engländer entweder das Datum unterschlagen, oder ein früheres, als den 11. November, angeben. In London wird denn auch die Volksmenge immer aufgeregter und unwilliger über das unheimliche Stillschweigen des Kriegssamtes in Bezug auf die Lage in Südafrika. Zahlreiche Gruppen versammeln sich fortwährend vor dem Kriegssamt und drücken in märrlicher Weise ihren Unwillen dem Kriegssamt aus. Das Kriegssamt erklärt, zwar Telegramme erhalten zu haben, führe diese aber aus strategischen Gründen nicht veröffentlicht. Gestaltweise verlautet, General Buller befindet sich nicht mehr in Kapstadt, sondern sei nach dem Norden der Kapkolonie aufgebrochen.

Wer trägt die Last? So fragt die "Korrespondenz für Zeitungsbücher" und weiß die Flottenchwärmer energisch auf die Frage hin, wie die Kosten für die neuen Flottenförderungen aufgetragen werden sollen. Die Korrespondenz schreibt:

Die Flottenchwärmer sind allzumal darin einig, daß die Kosten für die Riesenlotto vom Reich aufzubringen sind; daß Reich hat aber keine direkten Steuern, sondern lebt von indirekten Steuern und Zöllen, welche hauptsächlich den Postverbrauch bestimmen. Also würde nach den "patriotischen" Absichten dieser Parteien die breite Masse des Volkes die Kosten für die Riesenlotto zu decken haben — gerade jene "unteren" Massen, die ihrerseits an der Schwärmer nicht teilnehmen, bis auf verschwindende Ausnahmen an dem Preise nicht teilnehmen und die geringste Leistungsfähigkeit haben. Der Reichstag hat durch den § 8 des Flottengesetzes von 1898 den Grundzusatz gegeben, daß die Ausgaben für die Flottenvergrößerung nicht auf den Massenverbrauch gewölbt werden sollen. Dieser Leitsatz ist von den verbündeten Regierungen förmlich anerkannt worden. Aber jetzt, wo es sich um die Verbesserung des Flottensplans von 1898 handelt, sieht man auch die Anerkennung ganz vergeblich zu haben. Alle Vertheidiger des Flottengesetzes sprechen ausschließlich von der Deckung aus den indirekten Steuerquellen des Reichs, also durch Massenbelastung. Hauptsächlich wird bei den bevorstehenden Erörterungen im Reichstag sofort klargestellt werden, daß der § 8 unter allen Umständen in Kraft bleibt und auch ein etwaige weitere Flottenauswendungen rücksichtlos Anwendung finden soll. Vielleicht entzieht sich die Volksvertretung, noch härter in dieser Richtung vorzugehen und sich nicht mehr mit der bloßen Negation in § 8 (keine Mehrbelastung des Massenverbrauchs) zu begnügen, sondern positiv die Dinge so zu ordnen, daß die neuen Flottenlasten von den Einzelstaaten durch direkte Landesteuer errichtet werden müssen. Dann bekommen die Flottenchwärmer die gewiß erwünschte Gelegenheit, sich durch Taten zu bewähren. Dazu haben die Einzelregierungen das Flottenüberkommen, das sie durch ihre Fassungen im Bundesrat sochen helfen, zu ihrem Anteil einzutragen, und die Bevölkerungslasten, die von der Flottenvergrößerung die direkten oder mittelbaren Vortheile einzuholen gedenken, tragen. — Vielleicht einen ihrer Leistungsfähigkeit angepaßten Theil zu tun. Die Reichstagsmehrheit hat es trotz ihres Staatsrechtes in der Hand, auf diesem Gebiete eine ausgleichende Gerechtigkeit zum Gelingen zu bringen.

Damit wäre allerdings ein Bsp. gewiesen, den Einzelstaaten hat zu machen, daß bedingungsloses Sichdrucken und Tragen im Bundesrathe denn doch nicht einzige Aufgabe der Einzelregierungen ist und daß die Nachgiebigkeit unangemessene Konsequenzen nach sich ziehen kann. Aber der Bundesrat wird schon das möglichste thun, die Flottenchwärmer vor solchen Konsequenzen ihrer Schwärmer zu bewahren. Die Sache wird eben doch den Verlauf nehmen, daß die Masse die Kosten zu tragen haben wird, und das Centrum, das jetzt opponiert, wird sich auch damit zusieden geben.

kleine politische Nachrichten. Die Vorlagen wegen Einführung des Postverkehrs, sowie wegen Einführung des Zivilstaatsgesetzes auf der Insel Helgoland sind gegen dem Reichstage zugegangen. — Die Petitionskommission des Reichstags hält Freitag die erste Sitzung nach der Eröffnung ab. Es wurde eine Menge Berichte festgestellt. Die zum Gesetz betreffend den Schutz der Arbeitswilligen eingegangenen Petitionen wurden dem Abg. Ritter von Bismarck (Centrum) zur Bearbeitung überreicht. — Mit der Buchhansvorlage hat sich der Centralverband deutscher Industrieller am Freitag in Berlin beschäftigt. Die "Post" macht im Vorauß großes Aufsehen davon. Dass der Centralverband sich für die Buchhausvorlage erklärt, beharrt doch keiner besonderen Herbeihaltung. Was war von den Scharfmündern anders zu erwarten? Nach den "Berliner Neust. Nachr." wurde von dem Centralverband eine Resolution angenommen, welche verlangt, daß den Arbeitern, die von dem freien Koalitionsrecht keinen Gebrauch machen wollen, Schutz vor Bergwerksförderung zu gewähren sei. Die Buchhausvorlage enthält zwar Bestimmungen, welche bedenklich und unangeführbar seien, allein es bietet doch geeignete Grundlagen für einen gerechtebaren Vertrag. — Im Kreuznacher Aufmarsch wurde gegen die Angeklagten Brau zu 6 Monaten, Spieß zu 4 Minuten zu Nürnberg zu 2, Kappel und Alois zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen zehn Angeklagten wurden freigesprochen. — Gegen den Privatdozenten Dr. Preuß in Berlin ist nach dem "Berl. Tagebl." eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden. Privatdozent Dr. Preuß ist Mitglied der Berliner Stadtverordneten-Versammlung und hat als solcher vor einiger Zeit in der Stadtverordneten-Versammlung zweit Citate aus Bibel und Gesangbuch vorgetragen, indem er sagte: "Beschafft Dir Deine Wege und was Dein Herz traut, der allerstrengen Pflege des Magistrats, der lebt." In einem zweiten Citat sagte er in Bezug auf den Kultusminister: "Exzellenz hat es gesiegt, Exzellenz hat es genommen, der Name Seiner Exzellenz sei gelobt." Die Neuerungen sind alsbald in der Stadtverordneten-Versammlung von zwei Seiten gerügt worden. Stadtverordneter Preuß selbst hat öffentlich mit Bedauern erklärt, daß ihm jede Verbesserung des religiösen Gefühls der Evangelischen fern gelegen habe. Trotzdem hat ein Brief des Oberhofmeisters der Kaiserin, in welchem sich die Kaiserin für die zum Geburtstage gesetzte Gratulation bedankt, wegen dieser Citate "eines Lehrers der Königlichen Universität" Vorwürfe gegen die Berliner Stadtverordneten-Versammlung gerichtet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die gegen Dr. Preuß eingeleitete Disziplinaruntersuchung nicht durch das Verhalten des Dr. Preuß als Privatdozent veranlaßt worden ist, sondern lediglich sich gründet auf die Citate, die er als Stadtverordneter gemacht hat.

## Frankreich.

Zur Kauftafelfrage. Der Justizminister Ronis und Waldeck-Rousseau erschienen Freitag Vormittag vor der Annexion-Kommission des Senats und ersuchten, die Annexion auszuhören auf die Verschärfung wegen Bekämpfung der Armee sowie auf alle Prozesse, welche die Freyss-Uffsair berühren, dagegen die Verfolgungen wegen Verleumdung des Vereinsgesetzes anzupreisen. In der Kommission äußerten sich Bedenken; eine Einigung wurde noch nicht erzielt.

## Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Workber London schwieg, darüber redet Alexander. Aus der unmittelbaren Umgebung des dortigen Ministerpräsidenten Lord Cromer verlautet, daß die englische Regierung ein Telegramm erhalten habe, wonach die Übergabe von Lady Smith bereits seit Monat bekannt gegeben wurde. Das würde mit den bisherigen Angaben, daß Lady Smith am Sonnabend, den 11. d. M., gesessen sei, ungefähr übereinstimmen und auch erklären, weshalb alle verschleierten Nachrichten der Engländer entweder das Datum unterschlagen, oder ein früheres, als den 11. November, angeben. In London wird denn auch die Volksmenge immer aufgeregter und unwilliger über das unheimliche Stillschweigen des Kriegssamtes in Bezug auf die Lage in Südafrika. Zahlreiche Gruppen versammeln sich fortwährend vor dem Kriegssamt und drücken in märrlicher Weise ihren Unwillen dem Kriegssamt aus. Das Kriegssamt erklärt, zwar Telegramme erhalten zu haben, führe diese aber aus strategischen Gründen nicht veröffentlicht. Gestaltweise verlautet, General Buller befindet sich nicht mehr in Kapstadt, sondern sei nach dem Norden der Kapkolonie aufgebrochen.

Never ein Gefecht, das am Dienstag zwischen Orange-Buren und Engländern vor Lady Smith stattgefunden hat, berichtet der Deutsche Korrespondent aus dem Hauptlager der Buren wie folgt: Die Orangeburen hatten einen kleinen Hügel inne, als eine englische Batterie auf ihn und eine Stunde lang mit Granaten schoß. Nunmehr feuerte ein großes Geschütz aus Pretoria mittler in die Batterie und die Engländer rückten Deckung. Einige Granaten explodierten unter den sich zurückziehenden Engländern; ihre Verluste sind indessen unbekannt. Zwischen wurden getötet, sechs verwundet; außerdem wurden zwölf Pferde getötet und acht verwundet. Um Mitternacht eröffneten alle Geschütze der Transvaalburen, die rings um Lady Smith posst sind, gleichzeitig ihre Feuer. Von Bulwanaberg aus wurden mehrere Gebäude in Flammen gelesen. Im Laufe des folgenden Tages verließen die englischen Truppen die Orangeburen und bekamen einen Hügel zurück, um den Granaten zu entgehen. Auch diese Nachricht steht, wie sie viele schon, mit der angeblich erfolgten Übergabe von Lady Smith in Widerspruch. Am 16. November meldet das Deutsche Bureau aus Etcourt: Heute früh ging wieder ein Zug mit einer Kolonne des Roten Kreuzes in der Richtung nach Colenso ab, er lehrte ohne Todte und Verwundete zurück. Der Feind teilte den Insassen des Zuges mit, daß 3 Engländer tot und 9 verwundet seien, lehnte es jedoch ab, die Namen derselben anzugeben. — Ferner wird gemeldet: 2000 Buren mit 8 Geschützen besetzen Ennerdale, 5 Meilen nordwestlich von Etcourt, während 3000 bereits auf Etcourt vorrücken. Eine Marienburg Meldung der "Times" vom 15. besagt: Etcourt sei knapp an Artillerie. Die Besetzung dürfte sich deshalb nach dem Mooi-Flusse zurückziehen, sobald eine starke Burentruppe vorrückt sollte.

Den "Times" wird ferner gemeldet, die Gesamtzahl der in Pretoria befindlichen britischen Gefangenen betrage 1338, einschließlich der Gefangenen vom 18. Jusareuregiment, dem Dubliner und Gloucestershire-Regiment.

Die "Times of Natal" veröffentlicht eine Depesche ihres Korrespondenten in Nondwane, der sich bitter darüber beschwert, daß die britischen Bewohner des Zulusandes ihrem Schicksal überlassen seien. Die Männer der Nachbarschaft seien plündert und die Einwohner von den Buren gefangen genommen. Die Eingeborenen seien unverschämmt, da sie den Engländern nicht helfen könnten, man befürchte, daß die Feindseligkeit der Eingeborenen gegen die Engländer noch schärfer hervortreten werde.

## Für unsere Abonnenten!

Zwei Kunstblätter von bedeutendem Werth können wir unseren Abonnenten — aber nur solchen! — zu einem unverhältnismäßig billigen Preise liefern. Die Buchhandlung "Vorwärts" hat, um den künstlerischen Geschmack der Massen zu bilden, nicht durch gelehrt. Abhandlungen, sondern durch Vorführung willkürlicher Kunstwerke ersten Ranges, zwei Kupferdrucke auf chinesischem Papier herausgegeben, in dem Format von 85 X 65 Centimeter — Porträts von Marx und Engels. Ein erster Berliner Radierkünstler hat die Platten gestochen und der Druck ist, wie es sich bei so merkwürdigen Blättern von selbst versteht, ein tabellarischer. Es handelt sich um Kupferdruck, das langsam und thenerst, dafür aber vorzüglichste Reproduktionsverfahren für Kunstwerke.

Und um Kunstwerke edelster Art handelt es sich. Marx wie Engels sind zwei Köpfe von ausgeprägtester Individualität, welche der Künstler voll erfasst und mit liebenswerter Sorgfalt wiedergegeben hat. Dem Parteimann wird es große Freude bereiten, die Bildnisse der verehrten Kämpfer in so vollendeteter Ausführung zu besitzen; dem Kunstreund aber wird es hohen Gewiss bereiten, die Hand eines echten Künstlers zu erkennen in diesen Blättern, die wenige ihres Gleichen finden werden. Im Kunsthandel kostet ein derartiges Blatt mindestens 15 bis 20 M. Durch das Entgegenkommen der Buchhandlung „Vorwärts“ sind wir in der Lage, unseren Abonnenten das Blatt für den beispiellos niedrigen Preis von 3 M. zu liefern. Die beiden Blätter zusammen geben wir für 5 M. ab. Doch — wie erwähnt — diese Vorzugspreise gelten nur für Abonnenten des „Lübecker Volksbote“, denen wir die Gelegenheit zur billigen Erwerbung von edlen Kunstdingen, an deren Auge und Herz sich erfreuen kann, bieten wollen. — Die Blätter hängen in der Expedition unseres Blattes zur Ansicht aus. Einige Bestellungen wolle man möglichst bald machen.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 18 November.

### Die Gewerbegerichtswahlen finden am Dienstag, den 5. Dezember d. J., statt.

Anglaublicher Terrorismus gegen einen Naturarzt. Unter dieser Städtemarkt schreibt die „Deutsche Warte“ am 15. d. Mts.: „Wie uns unser Lübecker Berichtsteller authentisch mittheilt, wird der doctige Naturarzt, Herr Dr. med. Schlüter, von seinen Kollegen, die eine andere wissenschaftliche Richtung vertreten als er, in geradezu unerhörter Weise terrorisiert. Nicht nur, daß sie ihm in offenkundiger und fränkender Form gesellschaftlich meiden, nein, keiner von ihnen versteht sich dazu, gegebenenfalls mit ihm gemeinsam einen Kranken zu behandeln oder zu konsultieren. Der „Arztliche Verein“ hat seinen Mitgliedern das ausdrücklich zur Pflicht gemacht. In diesen Verein wird Dr. Schlüter selbstverständlich auch nicht aufgenommen. Über der Konkurrenz des hiesigen Arztes — etwas Naberes ist es wohl kaum — geht noch weiter! Kürzlich wurde in Lübeck eine neue evangelische Privatklinik eingeweiht, die von zwei ehemaligen Diakonissen in's Leben gerufen ist. Zu der Einweihungsfeier hatte auch Herr Dr. Schlüter eine Einladung erhalten; nach einigen Tagen jedoch ward ihm lächlich mitgetheilt, daß die Feier an dem festgesetzten Tage nicht um 4 Uhr stattfände. Da das Schreiben nicht vertrieb, auf welche Tagesstunde sie verlegt war, bemühte sich Herr Dr. Schlüter zu den Vorsteherinnen des neuen Instituts, welche ob dieses Besuches sichtlich verlegen waren und schließlich nicht anders konnten, als ihm mitzutheilen, daß die Feier um 4½ Uhr vor sich gehen würde. Am nächsten Tage aber wurde der Naturarzt wieder ausgeladen; er erhielt einen Brief, in welchem ihm eröffnet wurde, daß man auf sein Erscheinen zu dem Akt verzichte, da er nun aus Versehen eingeladen worden wäre. Es bedarf wohl keines großen Kombinationstalentes, um dieses Manöver auf hiesige Herze zurückzuführen. Das ist indessen noch nicht alles! Herr Dr. Schlüter hatte sich zur Aufnahme in die „Lübecker Turnerschaft“ angemeldet und wurde, obwohl er moralisch und gesellschaftlich gänzlich makellos dasteht, abgelehnt; wie der Zuläger gewissem nicht mit Unrecht annimmt, wieder auf Verneinung von Ständesgenossen. Herr Dr. Schlüter ist Burschenschafter, und nun hat man es neuerdings sogar gewagt, ihn bei seiner Verbindung in einem prächtigen Weise zu verbürgtigen; er mache ganz unerhörte Reklame, die sich mit der Würde des ärztlichen Standes nicht vertrage usw. Die Verbindung leitete natürlich eine Untersuchung ein, und diese ergab denn auch die völle Haltlosigkeit d. dieser nichts würdigen Verleumdung. Trotz aller dieser Verfolgungen erfreut sich Herr Dr. Schlüter einer glänzenden Prosp. und seine ärztliche Kunst bringt es dahin, daß die Schaar der Anhänger des Naturheilsfahrens zusehends wächst; der hiesige Naturheilverein zählt bis jetzt etwa 1000 Mitglieder.“ — Als politisches Blatt nimmt der „Lüb. Volksb.“ der Naturheilbewegung gegenüber eine neutrale Stellung ein. Obige Vorgänge jedoch haben, sofern die Darstellung wahrheitsgetreu ist, ein so eminentes politisch Interesse, daß sie in der Aera der Zuchthausvorlage und des Kampfes gegen den „Terrorismus“ der Arbeiter wohl erwähnt werden müssen.

Das großindustrielle Lübeck wird recht anschaulich geschildert in einem Aufrufe, den acht hiesige Herren erlassen und in dem zum Beitritt in den Verein zur Gründung und Erhaltung von Kindern in der Vorstadt St. Lorenz aufgerufen wird. Darin wird mit einer erfreulichen Deutlichkeit offen ausgesprochen, daß das Gedanken der Industrie in engem und unlösbarem Zusammenhange steht, mit der Aufhebung eines geordneten Familienlebens für die beteiligten Proletarier. Wörtlich heißt es: „Mit dem Aufblühen der Industrie in unserer Vorstadt St. Lorenz mehren sich in Arbeiterkreisen die Fälle, daß Väter und Mütter genötigt werden, vom frühen Morgen bis zum späten Abend außer dem Hause zu bleiben.“ Das werden sowohl Herr Senator Ewers, als auch der ihm nahestehende Besitzer einer vorzüglichen Segelhacht, Herr Strack, das werden die Herren Bürgerschaftsmitglieder Gebr. Thiel so gut wie die Herren Stolterfoht und Baer, Schumacher und Sparckholt, und wie sie sonst noch heißen mögen, die Konsumenten der weiblichen Arbeitskraft, sicher aus eigener Erfahrung bestätigen können. Der Auf-

ruf führt dann fort: „Dadurch entbehren viele Kinder der so nötigen Aufsicht. Diesem Mangel abzuholen, sollen Kinderhorte gegründet werden, in welchen schulpflichtige Kinder der Volksschule nach der Schulzeit Aufnahme finden, um vor der Gefahr der Verwaltung und Verrohung behütet zu werden.“ Wenn wir nun auch erkennen müssen, daß die Wahllosung und vor allem die Verrohung der Arbeitervolksschule nicht ausschlagig bemerkbar war, als die des jüngstwachsenden „höheren“ Gesellschaftsschichten Lübeck, so steht doch fest, daß die Belehrung und Erziehung der Jugend zum Guten und Guten dort unendlich vermöglich ist werden muß, wo den von der Natur dazu bestimmten, den Eltern, die Zeit dazu unbarmherzig geruht wird. Die Herren, welche den Aufruf unterzeichnet haben, meinen es jedenfalls gut. Wollen sie aber gründlicher statt Fleißarbeit liefern, dann müssen sie rücksichtslos für die Fortbewegung der organisierten Arbeiter eintreten, müssen eine durchgehende Vertretung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Gleichstellung des Arbeitsergebnisses der Frau mit dem des Mannes bei gleicher Leistung u. s. w. durchsetzen suchen, dann müssen sie vor Allem dahin trachten, daß den Arbeitern, welche die Kinderhorte durch Besserstellung ihrer Existenz leicht überflüssig machen können, keine Hindernisse in den Weg gesetzt werden, wenn sie sich zu diesem Zwecke organisieren wollen. Das geschieht aber gerade von den Großindustriellen, deren Betriebe die Ursache des Verlangens nach Kinderhören bilden! Mag der Leiter der Bewegung, Herr Dr. Wendau, als gewitzter Jurist doch gewiß hierzu berufen, einmal mit Herrn Senator Ewers die Klippe nehmen bezüglich der Kooperationsfreiheit in der Bremenhallengrubenfabrik, welche in der im Gegensatz zur Hauptstraße so gut gepflasterten Waisenhausstraße liegt; mag er doch einmal mit Herrn Senator Eschenburg darüber sich unterhalten, ob es wahr ist, daß bei der Firma Hudemann u. Sohn Arbeiter sich kontraktlich verpflichten müssen, weder dem hiesigen Holzarbeiterverein noch einem sonstigen Fachverein anzugehören. Vielleicht wissen die beiden Mitglieder unserer vornehmsten Körperschaft selbst gar nicht, was vorgeht, und wäre es für die Kämpfer des Kinderschutzes daher ja eine ebenso interessante wie drakonische Angabe, hier erfolgreich zu wirken. Sie würden dem Ziele, das sie sich gesetzt, um einen Riesenkratzer sich nähern, wenn es ihnen gelänge, den Arbeitern Elternfreiheit zu verschaffen. Geschieht das nicht, dann bleibt ihr ganzes Bemühen an Werth dem „Dopfer auf den heißen Stein“ gleich. Die Kinderhorte und ähnliche Einrichtungen verfüllen nicht einmal so häufig einen sozialen Krebsfieber.

Abgeworfene Klage. Beim Gewerbegericht hatte ein Arbeiter der Lumpenmacher Fürgen auf Zahlung von 5,50 M. rückständigen Lohnes verklagt. Während Klüger behauptete, daß ein Lohn von 3 M. pro Tag abgemacht gewesen sei, erklärte Beklagter, es seien nur 2,50 M. vereinbart, was von einem Zeugen auf Neuerungen des Klägers bestätigt wurde. Hierauf ward Kostenpflichtig abgewiesen. Doch in Lübeck ein Arbeitgeber noch 2,50 M. anzubieten wäre bei solcher Beschäftigung, ist sicher ein starkes Stück, ebenso bedauerlich ist es aber auch, daß überhaupt Arbeiter sich dazu hergeben, für einen so unzureichenden Lohn zu schaffen. Bei der jetzigen Geschäftslage bräucht in Lübeck kein erwachsener männlicher Arbeiter seine Arbeitskraft unter 30 Pfennigen pro Stunde resp. 3 M. pro Tag zu verkaufen! Wer es billiger thut, schenkt dem Arbeitgeber etwas, was dieser vielleicht ernstlich gar nicht verlangen würde. In vorliegendem Falle gehörte der Arbeiter von Rechts wegen in den Bauarbeiterverband und würde vernünftiger Weise überhaupt nicht unter 37 Pfsg. pro Stunde angefangen haben. Der Betreffende wird also wohl unorganisiert gewesen und dafür vom Unternehmer entsprechend behandelt worden sein.

Der Reichsverein will in der allnächsten Zeit wieder zu existieren beginnen. „Wenn nicht alle Anzeichen trügen — schreibt sein Leibblatt —, so läßt sich feststellen, daß ein frischer Zug in das nationale Parteiwesen unserer Stadt eingebrungen ist, und daß man in den breitesten Kreisen (!) der treu zu Kaiser und Reich stehenden Wählerschaft gern bereit ist, mit Hand anzulegen, um dem nationalen Bürgerthum wieder zu der Stellung zu verhelfen, die ihm in Folge seiner Bedeutung zweifellos gebührt.“ — Wenn der Verein wirklich solches erstrebt, was wir ihm gar nicht verdenken, dann muß er sich aber zunächst eine brauchbare Presse verschaffen. Solange die „Lüb. Anz.“ ihm Mundstück sind, bleiben die „Roten“ sicher oben auf. Das zeigte die Wahl im vorigen Jahre; und seither ist es wahrscheinlich nicht besser geworden, um es gelinde auszudrücken.

Reichsfertige Eidesleistung hatte der dem Trunkne einigen Bildhauer S. einigen Schülern in einem an den Staatsanwalt gerichteten Briefe vorgeworfen. Er soll dafür 4 Wochen krammen.

Der Schreiber des Mandatars Grünewald rückte nach Unterschlagung von 250 M. aus, stellte sich später freiwillig und soll jetzt 3 Monate Gefängnis verbüßen.

Zum Referendar ist der hiesige Rechtskandidat Wolfgang Fehlings ernannt worden.

pb. In Gast geriet ein Arbeiter, welcher einem Kollegen ein Jackett und 80 Pfsg. gestohlen hat, zwei Arbeiter, welche in einer hiesigen Herberge Hausfriedensbruch verübt haben, ein Hausknecht, welcher sich der Unterschlagung schuldig gemacht hat, fünf Bettler, drei Trunkene und fünf Obdachlose.

pb. Aus der Irrenanstalt war Donnerstag Nachmittag ein zur Beobachtung dort interner Soldat vom heutigen Regiments entwichen; er wurde jedoch kurz vor der lauenburgischen Grenze wieder ergreift und in die Irrenanstalt zurückgeführt.

**Schiffverkehr im Hafen.** In der vorigen Woche ließen ein 33 Dampfer, 27 Segler, auslaufern und 41 Dampfer, 26 Segler, davon je 5 leer oder in Ballast.

In das Handelsregister ist am 16. d. Mts. eingetragen auf Blatt 2176 die Firma „Joh. Wilsen“; Oct der Niederlassung: Lübeck; Inhaber: Johannes Heinrich Friedrich Carl Peter Wilsen, Agent und Kommissionär in Lübeck. Auf Blatt 318 bei der Firma „C. Rahier“: die Firma ist erloschen.

**hr. Bon der Agitation.** Am Sonntag Nachmittag fand in Flensburg im Lokal des Herrn Paetow eine von Gauborstande der Fabrikarbeiter arrangierte öffentliche Versammlung statt, in welcher Frau Bieh-Haasburg unter lebhaftem Beifall über das Thema „Liebe Deinen Nächsten als Dich selbst“ referierte. Leider war der Besuch ein sehr mäßiger, wie man das in diesem Orte bedauerlicher Weise fast stets findet. Ueberhaupt war zugunsten des Lokals der Wirt Timm in Schwartzau, wo Grossin Bieh am Sonntag Abend über das gleiche Thema sprach. Sie verstand es, die zahlreichen Hörer zu packen, und entfaltete in hohem Maße die Rednerin zu interessieren. Der greifbare Erfolg waren 25 Neuanschaffungen.

-o- **Im Circus Variété** hat Heinrich Kolinberg, dem Brauche gemäß, Donnerstag wieder eine „neue Kiste aufgemacht“. Die „Baaren“, welche er diesmal präsentiert, stehen an Güte dem bisher Gebotenen nicht nach. Da ist vor Allem Emil Ritter, der mit seiner Hündemute vorzüglich leistet. Schnell und sicher führen seine vierbeinigen Künstler alle Dressuren aus. Nicht minder gut ist das Berglöwinken Ensemble, das sich später noch als Kraft-Akrobaten und Ringkämpfer produziert. Die vorgetragenen Koublets kommen in geradezu mestergültiger Form zum Vortrag, während sonst doch die kleinen Leutchen gerade in dieser Beziehung häufig viel zu wünschen übrig lassen. Die „Zwee Walterlies“ leisten hervorragend auf dem Drahtseil und am Schwebebretz. Neue Trix als Jongleure wissen die beiden Mitglieder unserer vornehmsten Körperschaft selbst gar nicht, was vorgeht, und wäre es für die Kämpfer des Kinderschutzes dabei ja eine ebenso interessante wie drakonische Angabe, hier erfolgreich zu wirken. Als Soubrette tritt nach wie vor Emma Dahl auf. Ihre Couplets finden noch immer den ungeheilten Beifall der Besucher; weniger spricht dagegen die Chansonne Erna Etolie an. Schließlich und noch die musikalischen Eccentrics „Doc und Bill“ zu erwähnen, die mit einer Kürte überzuckert und überzuckert wirken. Auch der Besuch dieses Spielplans ist nur zu empfehlen.

**Hamburg.** Vier Jahre Gefangen in und Ehre verlust von gleicher Dauer sind dem splendifiden Gönner der Kriegerverein, dem en gros-Spizhaben, dem ehemaligen Käfiger der Seefahrtsgenossenschaft, Stöver, zu verdiktirt worden.

**Elmshorn.** Bei den Stadtverordnetenwahlen wurde trotz der Wahlentziehung Gen. Nehders neben zwei Gegnern gewählt.

**Ickhorst.** Schon den Arbeitswilligen. Der Gerber Köhler aus Wilster ward von der Anklage der öffentlichen Beleidigung eines Streikbrechers freigesprochen, weil man sich bezüglich seiner Person geirrt hatte. Eine jedesfalls sorgfältig untersuchte Geschichte!

**Wilster.** Der Kampf der Ledearbeiter ist nach täglich 24wöchentlicher Dauer am Mittwoch Abend beendet worden.

## Briefkästen.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

**Gewerbegericht.** Bei der Gewerbegerichtswahl 1895 war den Bürgern der Fabrikanten und Firmen eine Liste der Arbeitgeber vom Kartell gegenübergestellt. Die Kandidaten erhielten 205—210, die der Misnomer 692—697 Stimmen.

## Hamburger Marktbericht.

Hamburg. 17. November.

### Butter.

I. Qualität . . . . .	M 108—115
II. Qualität . . . . .	102—107
Ferner:	
Absalende und ältere Ware . . . . .	110—115
Schleswig-Holsteinische Butter . . . . .	90—100
Galizische und ähnliche . . . . .	80—84
Finnländische Sommer . . . . .	95—100
Amerikanische Ware . . . . .	82—92

Empfehlung meiner  
Rasir-, Frisir- u. Haarschneide-Salon.  
Engelsgr. Ed. Radke,  
Ecke Schwedeneckerstrasse.  
Bei Theater-Aufführungen als Friseur, solide Preise.  
Verleihen von Perrücken und Bärten.

## Das Lagerhaus u. Spedition-Geschäft Fischergrube 52

empfiehlt sich zum Lagern und Nachsenden  
aller Gegenstände prompt u. billig.

**Heute**  
**frische Flohmen**  
Pfund 60 Pfsg.  
**C. Harz**  
**Breitestr. 6a. Sandstr. 27.**

# Achtung Männer!

Die Anmeldung der Kinder zum Weihnachtsfeste beginnt in der nächsten Mitglieder-Veranstaltung.

**Das Fest-Comitee.**

**N.B.** Die erste Sangstunde der Kinder zum Weihnachtsfeste findet am Dienstag den 21. November, Abends 6 Uhr, im Vereinshaus statt.

**Kaffeehaus \* Moisling.**

Heute Sonntag:

**Großes Tanzfränzchen**

sowie

**Ausspielen**  
von fetten Gänzen und Karpfen auf einem Billard.

**Großes Ausspielen**

von

**Gänsen, Karpfen u. Rauhkleisch**

am Montag den 20. Novbr. 1899  
**im Lokale Gr. Burgstr. 11**

(Früher Chr. Wien)

wozu freundlich einladen  
Hans Fölsch, Fritz Hildebrand.

**Vereinshaus.**

Sonntag:

**Unterhaltungs-Musif.**

**Branerie Wadenburg.**

Sonntag den 19. November 1899:

**Gr. CONCERT.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pf.  
Auf der Doppelkugelbahn:  
Verkugeln von Hasen und Fasen.

Neu decorirter Saal. Acetylen-Beleuchtung.

Einladung zum

**= BALL =**

der

**Freiw. Feuerwehr Stockelsdorf**

am Sonntag den 26. November  
im Lokale des Herrn Lange

"Drei Kronen" zu Marienthal.

Eintritt 1 M. Der Vorstand,

**Burgfeld.**

**Dechant's Orient-Hippodrom.**

Heute Sonntag  
Letzter Tag.  
Großer Ring- und  
Reit-Corso.  
à la Moskau.

Anfang 4 Uhr.

**Circus Variété**

Sonntag 2 gr. Vorstellungen

um 4 Uhr kleine Preise  
Kinder die Hälfte.  
Zur Abend-Vorstellung werden keine  
Kinderbillets ausgegeben.

In beiden Vorstellungen

**Ritters Zwerge**

und das pompeze Programm.  
**Zubel über Zubel.**

Montag:  
Große Extra-Vorstellung.

**Stadt-Theater.**

Sonntag: Nachmittags 3½ Uhr:

**Grossstadtluft.**

Abends:

**Cavalleria. Rajazzo. Puppenfee.**

Montag:

**Barbier v. Sevilla. Puppenfee.**

# Es nützt Alles nichts.

Um unsere enormen Winter-Vorräthe unbedingt zu räumen, verkaufen wir ev. mit Verlust.

**Wenn die Concurrenz auch noch so lärm't**

ist der Andrang von Tag zu Tag größer, in Folge unserer colossalen Vissigleit.

**Überzeugen Sie sich bitte,**

denn solange die enormen Vorräthe reichen, werden ohne Rücksicht auf den reellen Werth

**die allerbesten Winter-Garderoben**

für einen wahren Spottpreis abgegeben. Um schnellsten Absatz zu erzielen

**von heute ab noch billiger.**

**Eile empfiehlt sich daher für jeden der Bedarf hat.**

**Winter-Paletots** in hundertfacher Auswahl in allen Größen und Farben, für die Winter-

statt 9 15 18 26 30 36 40 48 50

nur 6,50 8 10,25 14 17,50 22 24 27 34

**Herren-Zoppen,** Interims und Fasenfacken, 1. u. 2reihig, aus Double, Cheviot, Loden,

wetterfesten Gebirgs-Loden mit und ohne warmen Futter.

statt 6½ 8 10 12 14 17 21 24

nur 3,25 4,25 5,25 6,75 8,50 10 13,50 15,50

**Herren-Anzüge** statt 12½ 14 18 22 27 31 38 40

i. Fact. u. Rockac, 1. u. 2reih., nur 6,75 8,75 11 14 17 19 24 31

**Herren-Hosen** statt 2¼ 3,50 5 7 10 12 14 16

in allen Qualitäten nur 1,20 1,85 3 4,50 6 7 8,50 10,25

**Knab.-Anzüge, div. Stoffe,** statt 2½ nur 1½

**Knaben-Mäntel,** Loden, statt 4 nur 2½

**Knaben-Pyjacs,** Neuheit, statt 6 nur 4

**Knab.-Anz., eleg. Fäcon,** statt 5½ nur 3½

**Knaben-Zoppen,** Loden, statt 4½ nur 3

**Knaben-Hosen** im Leibch. v. 60 Pf. b. 1½ M.

Ein Posten **Herren-Pellerinen-** und **Arbeiter-Garderoben,** Jagdwester, Unterzeuge, unerreicht billig im

**Welthaus „Goldene 33“**

nur Breitestraße 33, eine Treppe (kein Laden).

Abends bis 10 Uhr geöffnet! Untenach jederzeit gestattet!

**Helle Verkaufsräume.**

**Seiden- und Zylzhüte, sowie Schläpfe, Hosenträger, Mützen und Pelzwaren**

zu den billigsten Preisen.

Reparaturen besonders billig.

**C. H. Wessel, Kupferschmiedestraße 15.**

## Winter-Paletots

in soliden haltbaren Stoffen und bester Verarbeitung, zum größten Theil in eigener Werkstatt angefertigt, empfiehlt billigst.

**Joh. Klempau, Röhrenstr. 32, Ecke Kapitelstr.**

**Hansa-Halle. Gr. Obstfest und Kränzchen.**

Heute Sonntag, Anfang 4 Uhr:

7½ und 10½ Uhr: Quadrille; 9 Uhr: Polonaise.

Eintritt à Person 20 Pf., wofür Obst und freier Tanz.

**Central-Speise-Halle**

Hütstraße 61 Hütstraße 61

Großer Mittagstisch von 11½ bis 2 Uhr  
à Person 30, 40 u. 50 Pf.

Abendessen von 6—9 Uhr à Person 30 u. 40 Pf.

Auch können Portionen für jellige Preise abgeholt werden.

**Wieder eingetroffen:  
Arbeits-Geräthe**

für

**Maurer**

Auszichbretter, Kardätschen, Hand-

bretter, Dammenheiben.

Gebrauk J. F. B. Grube

am Markt. Tel.: Rudolf Möller.

**Speise-Halle „Neptun“**

Hütstraße 14, 1. Etg.

**Großer Mittagstisch** von 11½—2 Uhr

à Person 59 und 49 Pf.

Täglich 3—4 Gerichte zur Auswahl.

**Abendessen** von 6 bis 9 Uhr

à Person 49 und 39 Pf.

4—5 Theile zur Auswahl.

**Öffentliche Versammlung**

aller

in der Buchbinderei u. Leder-

warenfabrikation beschäftigten

Arbeiter und Arbeiterinnen

am Montag den 20. November

Abends 9 Uhr

im Holsteinischen Hause, Karlsgr. 22.

Lage-Ordnung:

1. Die Bestrebungen unserer Organi-

zation und deren Nutzen.

Referent: Genosse Bartels.

2. Diskussion.

Alle sämtlicher in dieser Branche be-

schäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen muß es

sein, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

**Gelehrtenhaus Wöldershorst.**

Sonntag den 19. November:

**Tanzfränzchen.**

Freitag den 24. November:

**2. Monumentsconcert u. Ball.**

**Statt besonderer Meldung.**

Mittwoch Abend entschließt hanst nach 10 ständig schweren Leidern meine innigste geliebte Frau

**Christine Behncke, geb. Ambders**

im 67. Lebensjahr. Tief betrübt von mir, meinen Kindern und allen Angehörigen.

**Hans Behncke.**

Die Beerdigung findet am Montag Mittag 12 Uhr von der Kirchhofskapelle aus statt. Beginn d. Trauerfeier 11½ Uhr.

**Ein freundliches Logis zu vermieten**

per Woche 3 Mt. Hohenburger Allee 94.

**Ein freundliches Logis**

Schmidstraße 25, 2. Et.

**Logis zu vermieten**

Wittenhoffstraße 23.

**Logis zu vermieten** für einen jungen Mann

Fischergrube 21, part.

**Ein freundl. Logis zu vermieten**

Böttcherstraße 33.

**Ein kleiner Laden mit Wohnung**

zu vermieten. Näheres Fischergrube 21, 1. Et.

**Gesucht zum 1. Jan. eine Wohnung**

im Preise von 150 Mt.

Off. unter S 10 an die Exped. d. Bl.

**Zu Ostern ein Lehrling**

für meine Buchbinderei.

**Theodor Linn,** Glockengießerstraße 29.

**Gesucht ein kräftiger Landsmann**

auf der Schulzeit für den Weihnachtsmonat.

**Heinr. Euler,** Danzigergrube 50.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 272

Sonntag, den 19. November 1899.

6. Jahrgang.

## Die politische Lage in Frankreich.

Nach seinen ungewöhnlich langen Sommerferien — sie dauerten mehr als vier Monat — hat das französische Parlament, daß Dienstag zusammengetreten ist, eine durchaus veränderte Lage vorgefunden. Die Gefahren, die die Republik von allen Seiten zu drohen scheinen, sind überwunden. Auf die heftigen Aktionen der Parteien ist seit dem Abschluß des Dreyfusprozesses die Ruhe gefolgt, die Ruhe der Abstimmung, die Überzeugung, nicht der inneren Zufriedenheit, aber doch die Ruhe. Die politischen Hauptsführer der antirepublikanischen Aktion sind unschädlich gemacht und sitzen nun auf der Anklagebank des Staatsgerichtshofes. Es gibt — vorläufig wenigstens — keine Dreyfusaffäre mehr. Und sind auch die Gemüter hüben wie drüben wenig oder gar nicht befriedigt, so kommt das für die Öffentlichkeit doch nicht in Betracht. Es fehlt der Reibungsbedarf auch für die kräftigsten Tiere. Daher wird nicht mehr geschrien, sondern nur gestöhnt und gespielt . . .

Für den politischen wie nichtpolitischen Philister bedeutet eine solche Situation noch einer zweijährigen Klaue den Gipfel der Glückseligkeit. Die große Masse der republikanischen Parteien ist also zufrieden, und diese Zufriedenheit kommt selbstverständlich dem Ministerium zu gute, unter dessen Leitung so über anderes die Ruhe eingetreten ist. Die bartnässigen Nöaler aus dem ehemaligen revisionistischen Lager mit Clemenceau an der Spitze vermögen nichts mit ihren Klagen und Vorwürfen wegen des Mangels der Regierung an Energie, um so weniger, als sie selber das gegenwärtige Ministerium doch jedem anderen vorziehen müssen. Und die Feinde des Ministeriums aus dem ehemaligen generalstaatslichen Lager vermögen erst recht nichts. Ist doch ihre letzte Hoffnung auf einen baldigen Sturz des Kabinetts jämmerlich gescheitert, nachdem der Staatsgerichtshof mit 157 gegen 91 Stimmen sich im Komplottprozeß für zuständig erklärt hat. Dieser Verlust war eine zweifache Niederlage für die reaktionäre Geschwärz-Kartell, das von Maistre bis Buffet, den Bevollmächtigten des ozeanistischen Thronpräfenden, reicht. Erstens ist dadurch die Stellung der Regierung, die den Prozeß eingeleitet, bestätigt worden; im Laufe eines Komplottprozesses wird kein Ministerium gefürchtet. Und zweitens werden jetzt die Verschwörer endlich einmal die angemessene gesetzliche Sühne zu ertragen haben, während ihre Verweisung vor das Schwurgericht, nach den bisher mit den chauvinistisch verfeindeten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Geschworenen gewachten Erfahrungen zu urtheilen — mit einer triumphierenden Freisprechung enden würde, ungeachtet des belastenden Beweismaterials.

Das Ministerium darf also ruhig den einzigen dreifig Interpellationen entgegensetzen, die im Laufe der Sommerferien gegen dasselbe angehängt wurden. Im Gegensatz zu den heftigen Sessionseröffnungen wagen es die Feinde des Kabinetts nicht, seinen Sturz zu prophezeien. Im Gegentheil, manche von ihnen sind so sehr entzückt, daß sie ihm ausdrücklich eine Mehrheit von 60 bis 80 Stimmen voraussehen. (Vergl. Frankreich in gestriger Nummer. Ned.)

Zudem hat sich das Ministerium nach links den Rücken gedeckt, d. h. nach derjeniger Seite, von der ihm einzig wirkliche Gefahren drohen könnten. Die sozia-

listischen Abgeordneten, Baillant, Grussier und Beauvais, hatten nämlich eine Interpellation angekündigt „über die gesetzgeberischen Maßregeln und Reformen, die die Regierung in Vorschlag zu bringen gedenkt, um 1. die fortwährenden Umtriebe des Clerikalismus und des Militarismus zu unterdrücken und 2. die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen.“ Die genannten Abgeordneten gehören zu den Unterzeichnern des bekannten Manifests gegen Jaurès und insbesondere gegen Millerands Eintritt ins Ministerium; auch hatten sie mit der Hälfte der sozialistischen Kammerfraktion sich der Abstimmung enthalten in jener entscheidenden Sitzung, wo das Kabinett Waldeck-Rousseau eine Mehrheit von nur 25 Stimmen erhielt. Ihre Interpellation richtet sich also gegen das Ministerium.

Die Regierung hat nun diese Interpellation sozusagen im voraus beantwortet durch die Ausarbeitung folgender Reformentwürfe. Ein Gesetz über die Associationen (politisch Vereine und Gesellschaften) soll die Auflösung bezw. die strenge Kontrolle der Klosterorden ermöglichen, die das Rückgrat der antirepublikanischen Organisation bilden. Ein weiterer Gesetzentwurf will den klerikalen Schulunterricht einschränken und damit den klerikalen Einfluß auf die Militär- und Civilbeamenschaft einzämmen, indem von den Kandidaten für einen Beamtenposten gefordert wird, je nachdem die letzten zwei oder drei Jahre der Primar- oder der Mittelschule in einer staatlichen L-Granitstalt durchzunehmen. Gegen den Militarismus ist die Reform der Militärjustiz gerichtet: Die gemeinen Verbrechen der Militärs werden den Militärgerichten entzogen; die militärischen Revisionsgerichte werden abgeschafft und ihre Kontrollfunktion auf den Kassationshof übertragen, womit die Militärjustiz der Ziviljustiz untergeordnet wird; im Militärhof werden mildebare Unstände für alle Verbrechen eingeführt und die „Berichterstatter“ (Untersuchungsrichter) am Militärgericht sollen sofern eine juristische Prüfung zu beschließen haben. Für die Arbeiterklasse schließlich hat die Regierung einen Entwurf zur Sicherung der Sozialitätsfreiheit und der Erweiterung der juristischen Rechte der Gewerkschaften (das Recht, Eigentum zu erwerben) eingeschoben.

Mit der Besprechung der Reformen im einzelnen muß man abwarten, bis sie im Parlament eingebrochen sind und zur Verhandlung kommen. In allgemeinem aber ist der gute Wille der Regierung unverkennbar, trotzdem auch die führende der Reformen, diejenige der Militärjustiz, eine Haltlosigkeit ist, da das Hauptziel der Kriegsgerichte gerade auf dem Gebiete der Militärverbrechen zu suchen ist, der Verbrechen wider die Disziplin, die noch wie vor der Kompetenz des Militärgerichts überlassen bleiben. Doch wäre es schon ein großer Gewinn für die Demokratie, wenn wenigstens die halben Reformen Geiß würden. Das ist aber erfahrungsgemäß nichts weniger als sicher. Es können mindestens Monate vergehen, ehe auch nur eine einzige Reform in der Kammer und im Senat eine Mehrheit gefunden hat. Mit der verstrechenden Zeit ändert sich aber die politische Situation, die Stimmenzahlen, aus denen die Reformen herauszuholen, verschwinden, die „maßgebenden“ Politiker interessieren sich dafür nicht mehr, das Ministerium, das die Reformen eingebrochen, hat längst einem anderen Platz gemacht — und die Reformen haben eine ruhige Stätte in den Parlamentsarchiven gefunden, im Reichshof der guten Absichten . . .

In Zusammenhang mit der Sessionseröffnung ist wohl auch die Aktion der Regierung gegen den Assumptionisten-Orden zu bringen. Denn es ist gar nicht abzusehen, warum die Regierung mit den Haussuchungen so lange gewartet hat. Alle Welt weiß in Frankreich, daß dieser Orden, der, wie manche andere, seit den Dekreten von 1880 überhaupt kein Recht hat, in Frankreich zu wirken, seit Jahren die Vorhut der antirepublikanischen Elemente ist. Seine Presse, vorah die „Croix“ (Kreuz) von Paris, die fast in jedem Departement eine Sonderausgabe hat, zählt wohl die größte Abonnenten- oder Leserzahl, da sie durch den allgemeinen Klerus verbreitet und sehr billig, häufig unentgeltlich verteilt wird. Auch die Wahlaktionen des Ordens sind öffentlich bekannt. Und in der Dreyfus-Krise haben die „Croix“ (mit dem sonstigen Kreuzifix auf der ersten Seite) an gewaltthätiger Sprache, an Verleumdungen und groben Lügen, an Heitereien gegen die Republik die schocksten westlichen Organe des Generalstabes übertrffen.

Zweiterhin lieber spät als niemals. Die Aktion gegen die „armen“ Mönche (mit einem flüssigen Kriegsschätz von nahezu zwei Millionen Franken!) hat in den republikanisch-demokratischen Kreisen einen für das Ministerium sehr günstigen Eindruck gemacht. Und die Untersuchung dürfte noch manche weitere Überraschung bringen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Junkerspiegel. In der Wiener „Zeit“ veröffentlicht Herr v. Gerlach eine Studie über das preußische Junkerthum, das er offenbar aus eigenster Anschauung auch in seinen intimsten Lebensregungen kennt. Herr v. Gerlach schreibt u. a.:

Das preußische Junkerthum ragt in unsere Zeit hinein wie der Auer von Weissenbach in unsere Fauna: ein Überbleibsel einer vergangenen Epoche. Es paßt nicht hinein. Es kann sich den Lebensbedingungen der neuen Zeit nicht anpassen. Trübe steht es mit dem preußischen Junkerthum. Aber lernen will es nicht oder kann es nicht, was auf eins heraufkommt. Ständig nimmt sein Vermögen ab. Aber der Gedanke, sich neue Quellen des Erwerbs zu erobern, kommt ihm nicht. Es kennt nur eine Rettung: Väterchen Staat. Schon jetzt ließen ihm durch die Lebensmittelzölle, die Brannweinsteuer und die Zuckerpromotion jährlich angezählte Millionen als Arme unterstützen aus öffentlichen Mitteln zu. Aber wer hat, will mehr haben. Die Existenz des Almosenempfängers ist nur dann angenehm, wenn man reichlich Almosen erhält. Daraum streift man nach hohen Zöllen . . . Männer, die ihren Arbeitern 1 Mark Tagelohn zahlen und auf die Forderung einer Lohnherhöhung von 10 Pfennig mit wütendem Schimpfen über die machende Begehrlichkeit des Volks antworten, verstehen, ohne mit der Wimper zu zucken, Hunderte, vielleicht Tausende von Mark an einem Tagabend. Schließt dann die Jahresrechnung mit einem gewaltigen Defizit, so zieht man nur die eine Folgerung daraus: der Staat muß helfen.“

Über diese zutreffende Schilderung ist die „Kreuztg.“ höchst eröst. In grenzenloser Verlegenheit, da sie die thotsäcklichen Angaben des Herrn v. Gerlach nicht widerlegen kann, röhrt sie:

„Wo mag Herr v. Gerlach seine „Studien“ gemacht, seine „Erfahrungen“ gelämmelt haben? Wahrscheinlich in einem hinterreitertorium.“

Zur Thalerfrage. Nach der dem Reichstag jetzt vorliegenden Novelle zum Münzgesetz soll bekanntlich der Wert der Reichssilbermünzen auf den Kopf der Bevölkerung von 10 auf 14 Mark erhöht werden durch Umarbeitung der noch vorhandenen Thalerstücke. Die Begrünung des Gesetzentwurfes sucht eingehend statistisch

## Heinrichstöcke.

Roman von Clara Viebig.

81. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Alle Knochen im Leib schlag' ich dem kaput! — Nelda glaubte wohl, daß er dazu fähig wäre. Sie lächelte wehmüthig — merkwürdig, daß sie schon an etwas anderes denken konnte! Seit sie hier, war es nicht mehr nur das eigne Geschick, das sie ganz und gar in Anspruch nahm. Die furchtbare letzte Zeit trat zurück, wohl dachte sie daran in jedem einzigen Augenblick, aber eine Entfernung war dazwischen. Die armen Eltern! Die Tochter war entflohen, und die beiden saßen nun so allein, die hatten gar nichts, was sie ablenkte.

Neldas Augen füllten sich mit Thränen, des Vaters Gesicht stand greifbar deutlich vor ihr, bleich und verfallen am Abschiedsnugent; gesprochen hatte er nicht viel, sie auch nicht gehört, aber mit einem tiefen Blick in ihre Augen gesehen. Den Blick würde sie nie vergessen; er war vorwurfsvoll und entschuldigend zugleich. Und bei Rhlanders, wie würde es da sein? Nelda preßte die Augen zu. Oh, keine Zeit, kein Ort, kein Mensch könnte das schwere Gefühl fortnehmen, das auf ihr lastete! Sie griff mit den Händen um sich, wie ein Stürzender, der einen Halt sucht. Wo war eine Hülfe?! Keine — keine — nirgend! — Wie oft sie hier in dem Manderscheid läuteten! Es war Mittag, die Kinder kamen aus der Schule, mit offenem Mund starrten sie dem fremden Fräulein nach. Sie grüßten nicht, sie waren zu blöde; nur ein Größerer sagte recht laut, stolz auf seinen Mut: „Gelobt sei Jesus Christus!“

Und Nelda antwortete mechanisch: „In Ewigkeit — Amen!“

### II.

Im Innernraum der Kirche geheimnisvolles, mystisches Halbdunkel; es leuchtet dem Rücken der Poesie. Durch die bunten Fenster fällt kein Tageslicht mehr, nur ein mattes Schimmern. Es duftet nach Weinrauch und legt sich schwer auf Sinne und Gedanken. Im Beichtstuhl ein monotoner unverständliches Murmeln. Dort vor dem Seitenaltar kniet noch einer, bewegt die Lippen und betreut sich wieder und wieder. Die Himmelskönigin scheint niederzulächeln; die weißen Läusestengel in altemporialen Porzellanfiguren knüpfen leise im Zugwind, der fein und dringlich durch die Fensteröffnungen fährt. Die Flamme der geweihten Kerze flackert höher, die papiernen Blätter der weißen Blumen sind wie lebend. Aus geschwärzten Rahmen schauen alte Heiligenbilder. Nun neigt der Betende die Stirn bis auf die Kleider; jetzt erhebt er sich, ein Lumpenälter, wie mit aus Holz geschnittenem Gesicht. Er schlurft hinaus und taucht die Finger ins Weihwasserbecken, er nimmt den Segen mit.

„So ruhig, so befriedigt nach erhöhtem Gebet“, dachte Nelda. Sie saß in der hintersten Kirchenbank, ganz allein. Warum war sie hereingekommen? Sie beantwortete sich das selbst nicht. In ihr war eine treibende Unruhe, eine mächtige Sehnsucht. Die Veränderung des Ortes machte keinen Eindruck mehr auf sie; alles alte war wiedergekommen und quälte sie. Sie hatte ein unabzwingliches Verlangen, sich anzulehnen, die Hände um etwas zu legen, zu sprechen: „Hier bin ich, bring mich, gib mir Ruh!“

Sie preßte die Finger in ihrem kleinen Muff wie zum Gebet in einander; nun legte sie die Stirn auf die harte Holzlehne vor sich. O dieses wehe Gefühl im Herzen, wann ging das weg? „Wie, nie“ klang es ihr in den Ohren. So klang es alle Tage, was sie auch that, wo sie auch war; es wurde zur Pein, kaum erträglich. Sie rannte sich todmüde in Schnee und Eis, etwas in ihr jagte sie — wenn ich müde bin, werde ich Ruhe finden! Sie kletterte die steilsten Wege hinauf und rutschte sie wieder herab. Ja

Schweiß gebadet, trok der bitteren Kälte, kam sie nach Hause; ihre Wangen waren rot, ihre Lippen glühten, ihre Augen blickten wieder Glanz, aber keinen Glanz, der wohl thut. Sie hatten ein unistiges Umherstakern wie bei einem, der den richtigen Weg nicht findet.

Bürgermeister Dalmer war stolz auf die Resultate seiner Behandlung. „Sie wird frisch,“ schrieb er nach Koblenz, „braucht sich nicht zu sorgen, bekommt Backen wie ein Posamencengel; Schlaf, Appetit vorzüglich. Ist Kern in dem Mädchen, heißt sich durch. Könnt ich dem vermaledeiten Kerl nur mal begegnen! Möcht ihm gern meine Meinung auf gut Eislerisch sagen.“

Zehn Wochen war Nelda jetzt in Manderscheid. Der Onkel hatte recht, sie sah wieder anders aus, das sagte ihr der Spiegel. Sie konnte auch lachen; ja, sie hatte schon gelächelt, als Heinrich Hommes zum Weihnachtsabend eine grüne, duftende Tanne aus dem Wald brachte, und Besa mit kindlichem Eifer bunte Papierketten schnitt, sang und schwatzte. Ja, die konnte lachen! Nelda empfand es fast mit Reid. Über diese glatte Stirn schien nie ein Schimmer geblendet, nicht einmal ein trüber Gedanke; der braunbezopfte Kopf war lachend unter jeder Wolke durchgeschlüpft. Wie machte die's nur?! Arm — eine Magd — die konnte nicht zwanzig Jahre gelebt haben ohne jede Bitternis!

Besa, bist du nie betrübt?“ hatte Nelda eines Abends gefragt, als sie am Küchentisch sah, und die andere am Herd mit den Töpfen rasselte. „Bist du nie betrübt?“

„Ne — haha — nie!“

„Aber du warst schon betrübt?“

„O Jes!“ Das Mädchen zuckte die runden Schultern und lachte, daß man den leichten blitzenden Zahn sah. „Dat sollte mer fehlen!“ Einmal, als mein erster Schatz unterwegs war, sein ech bald e so dumm gewest; aber ewig nimmeh! Ha ha, warum sollen ech betrübt seinn? Wie et is so is et; wann't Winter is, kann de Sonn net immer scheinen, aber

dorzu führen, daß eine solche Erhöhung der Reichssilbermünzen unbedenklich ist und keinen Begehr des Publikums hervorgerufen wird, zum Schaden der Goldwährung Silbermünzen gegen Goldmünzen einzutauschen. Es wird nämlich berechnet, daß am 31. Oktober 1898 auf den Kopf der Bevölkerung 15,9 Mark in Thaler und Reichssilbermünzen vorhanden waren. Hier von lagen in der Reichsbank und in den größeren Landeskassen u. s. w. 5,1 Ml. auf den Kopf der Bevölkerung. Im Verkehr waren also an Thaler und Reichssilbermünzen auf den Kopf der Bevölkerung 10,8 Mark. Die Reichsbank aber berechnet für sich einen nothwendigen Bestand an Silbermünzen von 180 Millionen Mark zur Aufrechterhaltung eines ordentlichen Kassenbetriebes. Die wichtigeren öffentlichen Kassen und die Kassen größerer Privatbanken haben durchschnittlich einen Kassenbestand 28,5 Millionen Mark gehabt. Aus diesem Posten und dem Bedarf der Reichsbank ergibt sich eine Kopfquote von 3,8 Mark, welche zusätzlich der im Verkehr befindlichen Silbermünzen von 10,8 Mark sogar einen Betrag von 14,6 Mark für den Kopf der Bevölkerung ergeben würde. — Fraglich kann hierbei aber nach der „Freis. Atg.“ sein, ob wirklich die Reichsbank einen so hohen Silberbedarf von 180 Millionen Mark nachweisen kann. An Reichssilbermünzen waren in den Kassen der Reichsbank am 31. Dezember 1898 67 422 000 Mark vorhanden. Dazu lagerten bei der Reichsbank in Thalern Ende August 1899 170 741 000 Mark. Die Reichsbank nimmt also an, daß sie von ihren Silbermünzen im Gesamtbetrag von 238 Millionen Ml. nur 58 Millionen Mark zu viel hat. Dieser Betrag würde aber schon erforderlich sein, um in den 10 Jahren, die zur Durchführung der Novelle in Aussicht genommen sind, den aus dem Zuwachs der Bevölkerung sich ergebenden Bedarf an Reichssilbermünzen mit 14 Mark für den Kopf zu decken. Im Einzelnen sei aus der Begründung noch erwähnt, daß der Betrag der vorhandenen Thaler am 31. Oktober 1898 auf 372½ Millionen Mark berechnet wurde, wovon entfallen 122 Millionen Mark auf Thaler vor 1857, 226 Millionen Mark auf deutsche Vereinstaler und 25 Millionen Mark auf österreichische Vereintaler. Erwähnt wird in Bezug des Bedarfs an einzelnen Sorten von Reichssilbermünzen noch, daß namentlich die größeren Silbermünzen, insbesondere das Fünfmarkstück, in den rheinisch-westfälischen und sächsischen Industriebezirken für Lohnzahlungen stark begehrt wird. Wieberholt sei während der letzten Jahre die Reichsbank in die Lage gekommen, den Anträgen ihrer Anhänger auf Überweisung von Silbermünzen, besonders von Fünf und Zweimarkstücken, mangels ausreichender Bestände nicht entsprechen zu können.

#### Österreich-Ungarn.

**Staatliche Organisation des Arbeitsnachweises.** Der Ausschuß des vom österreichischen arbeitsstatistischen Amt eingesetzten Arbeitsbeirathes hat, wie schon kurz gemeldet, Grundzüge eines Gesetzentwurzes über die Arbeitsvermittlung ausgearbeitet und angenommen, die demnächst das Plenum des Arbeitsbeirathes beschäftigen sollen. Danach soll der Staat den Arbeitsnachweis in die Hand nehmen, denselben paritätisch und kostenfrei durchführen und sich dabei der Gemeinden bedienen. Es sollen das ganze Staatsgebiet umfassende Arbeitsvermittlungsanstalten für den Umgang der Gerichtsprengel vom Staate errichtet werden, deren Beamte staatlich bestellt und befördert werden, doch sollen die betr. Gewerbe die Einrichtung der Lokalitäten übernehmen. Die staatlichen Arbeitsvermittlungsanstalten sollen aus einem ehrenamtlich funktionierenden Verwaltungsausschuß und dem eigentlichen Vermittlungsamt bestehen. Der Verwaltungsausschuss wird gewählt, und zwar jede Paritätsguppe (Unternehmer und Arbeitgeber) von Angehörigen derselben Betriebsstandes. Der Vorsitzende wird von der Regierung ernannt. Dieser Ausschuß liegt die unmittelbare Aufsicht über die Vermittlungsanstalten u. s. w. ob. Bei den politischen Landesbehörden sollen Landeskommisionen errichtet werden, die den Verkehr der Vermittlungsanstalten mit der Zentralstelle (Handelsministerium) vermitteln, Urteile erstatzen und für die

„Sie kommt ja widder mi denn mi denn“ — sie that einen Atemzug, daß sich die volle Brust spannte, und schlug sich daran — „hier drin fügt ebbes, dat macht mich e so froh! Fräulein“ — sie wandte Nelda das vom Herdfeuer angelassene Gesicht zu — „ech han allzeit en Schatz. Ha ha ha ha ha! Es et net dann, dann is et den; wer muß nehmen, wat juch bietet! Mannsleut giebt et ja gering. Un mögt jein dann die Männer da?“

„Aber, Befia!“

„Sehe, wat dann, Fräulein? Sünd is et net. Un wenn et Sünd war, schön is et doch! Gi, un dann geh ich in die Kirch un brüchten, un den Herr Kaplan giebt mir Gebethier an, den Rosenkranz un die Litanei oder so ebbes, die beten ech, un dann is et all gut. Un dann bin ech froh un gefund wie die Horellcher waren im Bach, na wat de Leut sagen“ — sie preizte die Finger an die Nase und wickelte sich auf dem Abtsack herum — „unten Herr Bürgermeister sagt, dadran muß mer sich net fehren. Un selig werden ech doch!“

„War sie nicht schon selig? Die blühende Gestalt in dem einfachen Rock predigte Nelda eine Moral, die mit der angelehrten nicht in Einklang stand. Und dazu die starke Natur ringsum, das Fernsein von der Welt, die Stimme im eigenen Herzen, die nach Erholung schrie! Wie in Angst konnte Nelda mit beiden Händen um sich schlagen — „nur nicht, nur nicht!“

Es war etwas in ihr eingewacht, was bis dahin geblieben hatte; selbst die Lüfte des Geliebten hatten das noch nicht getan. Unter dieses war sie gesunken wie unbetreeter Schatz; vielleicht weil ihnen jenes Unbeschreibliche fehlte, was den Lenz zur intensiven Verührung, was den Mann zum Gatten machte, wenn er es auch noch nicht in

Verbindung zwischen den einzelnen Vermittlungsanstalten sorgen befußt Ausgleiches zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Die Zentralstelle wird durch das arbeitsstatistische Amt bzw. durch dessen Arbeitsbeirath die Anstalten inspizieren lassen, die Arbeitsvermittlungsstatistik pflegen u. s. w. Die Arbeitsvermittlung soll sich auf alle Arten von Diensten und Arbeitsleistungen beziehen, doch soll ein Zwang zur Beauftragung der Anstalten weder für den Unternehmer noch für den Arbeiter bestehen. Die Arbeitsvermittlung der Vereine und gewerblichen Genossenschaften soll gemäß dem neuen Gesetz erfolgen. Errichtete Gemeinden freiwillig Arbeitsvermittlungsanstalten, die den Vorschriften für die staatlichen Anstalten entsprechen, so können sie die Aufgaben der staatlichen Anstalten übernehmen und staatlich subventioniert werden. Dasselbe gilt für Vereine, welche die allgemeine Arbeitsvermittlung im Sinne des Gesetzes durchführen. Für die gewerbsmäßig Stellenvermittlung soll der Konzessionszwang mit strengerer Auflösung bestimmen als heute eingeführt werden. Bei Ausspezzierung oder Aussiedlung hat der Verwaltungsausschuss bei den lokalen Arbeitsvermittlungsanstalten fastweise darüber Beschluß zu fassen, ob die Vermittlungstätigkeit für die beteiligten Betriebe oder den beteiligten Industriezweig eingerichtet werden soll oder nicht. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung ist blos nebenfachlich wohl in der Vorauflösung behandelt worden, daß sie keine große Rolle mehr spielen wird, sobald die staatliche Verwaltung selbst um die Arbeitsvermittlung sich kümmert.

#### Holland.

**Wahlrechtsbewegung.** Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Initiative ergriffen zu einer Bewegung für das allgemeine Wahlrecht. Auf einer Sonntag in Amsterdam abgehaltenen Delegiertenversammlung wurde ein Niederländisches Komitee für das allgemeine Wahlrecht konstruiert. Zweihundert Organisationen waren durch Delegierte vertreten. Das Komitee wird gebildet aus Vertretern unserer Partei und weiter des Sozialistenbundes, des Radikalen Bundes, des Vereins für Frauenwahlrecht, des Gardearbeiterbundes, des Typographenbundes, des Kavalleriearbeiterbundes usw., während noch verschiedene Gewerkschaften unzweifelhaft nachkommen werden. Beschlossen ist, bei den Wahlen von 1901 eine Wahlorganisation für diesen Zweck zu entfalten.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Der Streik in der mechanischen Fabrik in Schlebusch ist beendet. 300 Arbeiter nahmen die Arbeit wieder auf, nachdem die entlassene Arbeiterin wieder eingestellt war. — Ein Streik der Berggoldener ist in Münnich bei der Firma Konrad Barth u. Co. ausgebrochen. Gefordert werden 15 p.C. Lohnzulage. Es streiken 62 Mann. — Der Streik in der Schuhfabrik Heymann in Pasing wurde nach achtwöchentlichem Kampfe zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Tarife werden in Zukunft in jeder Abtheilung ausgehängt und Heymann hat auf Ehrenwort versprochen, weder Maßregelungen noch eine Lohnreduktion vorzunehmen. Sollten später sich Änderungen nothwendig machen, so verpflichtete sich Heymann, vorher mit der Agitationskommission des Vereins deutscher Schuhmacher und dem Arbeiterausschuß sich in Verbindung zu setzen. — In dem Gemüllwerk von Wermuthmann u. Elbers in Düsseldorf legten die Planierer die Arbeit nieder. Vor etwa 6 Wochen wurden genannten Arbeitern Lohnabzüge bis zu 30 p.C. gemacht. Es kam damals eine Einigung zu Stande, wonach sich der Firmeninhaber Dr. Elbers verpflichtete, den Leuten, wenn sie ihren bisherigen Verdienst nicht erreichten, wieder zuzulegen, sodass dieselben den in den letzten 6 Monaten erzielten Durchschnittsverdienst auch fernerhin verdienen sollten. Diese Vereinbarung ist aber von der Firma nicht gehalten worden, und verlangt diejenige nunmehr bedingungslose Anerkennung der Lohnabzüge. Zugang ist streng fernzuhalten. — Im Berlinischen Induhrbezirk gährt es bedenklich. Einflusstreiche und mit den Verhältnissen wohlver-

traute Persönlichkeiten prophezeien, wie die „Volksztg.“ mittheilt, mit ziemlicher Sicherheit den Ausbruch eines allgemeinen Arbeiteraufstandes bald nach Weihnachten. — Der eben beendete Buchbinder-Lohnkampf in Stockholm droht wieder aufzuflammen. Es sind da ein paar Arbeitgeber, die sich durchaus nicht an die Beschlüsse der Vereinbarung halten wollen. Bei einem sind sogar 7 Mädchen wieder entlassen, „weil sie am Streik theilgenommen haben“. Auch auf anderen Werkstätten werden die Streikbrecher vertragswidrig nicht nur behalten, sondern erlauben sich Anzüglichkeiten gegen die früheren Streikenden, ohne daß die Meister es hindern. Der Buchbindarbeiter-Verband hat beschlossen, dem Verein der Meister Vorstellungen zu machen.

**Die Magdeburger Stadtverordnetenwahlen** haben mit dem vollständigen Siege der sozialdemokratischen Kandidaten geendet. Von den drei zur Wahl stehenden Mandaten der 3. Wahlklasse sind zwei neu erobert, das dritte behauptet worden. Gewählt wurden Genossen Haupt mit 1686 und die Genossen Albert Schmidt (beider Wahl wir bereits mitgefeiert haben) und Richter mit 1980 bzw. 1924 Stimmen. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schmölln (S.-N.) siegten unsere Kandidaten mit großer Majorität über die vereinigten Gegner. Die Liste der Sozialdemokraten erhielt 120, 115 und 112 Stimmen, während die Gegner es nur auf 45, 50, 60 Stimmen brachten.

**Die Lage des Arbeitsmarktes** hat im Oktober sich wieder etwas gebessert. Nach den Beobachtungen der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ befindet sich die Konjunkturkurve zwar noch auf der Höhe, pendelt aber zwischen Auf- und Absieg hin und her. Während sie im September mehr nach unten sich richtete, schwingt sie im Oktober wieder nach oben. So hat die Zahl der Beschäftigten nach den Berichten der Ortskrankenkassen an die genannte Zeitschrift stärker zugewonnen als in dem gleichen Monat des Vorjahres, um 1,1 Prozent gegen 0,7 Prozent. Gleichzeitig mit der Zunahme der Beschäftigung geht zwar ständig im Oktober eine verhältnismäßig noch schwächer Steigerung der Arbeitsnachfragen in den Städten einher; aber gerade in diesem Jahre tritt dieselbe weniger zu Tage als sonst. Während die Zahl der Arbeiter, die an den öffentlichen Arbeitsnachweisen auf 100 offene Stellen im Durchschnitt sich meldeten, im Vorjahr vom September zum Oktober von 98,3 bis 113,3 stieg, so diesmal von 98,9 nur bis 108,8.

**Ein Verbot der Kinderarbeit bei fremden Heimarbeitern** in der Cigarettenindustrie fordert ein Geistlicher aus dem nordwestfälischen Cigarettenindustriebezirk in der „Soz. Prax.“ Er sieht über ihre Ausbreitung aus einer in den Schulen aufgenommenen, noch nicht veröffentlichten Statistik mit: „Eine Klasse von etwa 60 Kindern von 6 bis 7 Jahren zählte über die Hälfte mit dem Abripen des Tabaks beschäftigte Kinder. Aus einer anderen Landshule, einer Halbstagschule, gehen fast sämtliche 10—14jährigen Kinder, Knaben und Mädchen, nach Schluß der Schulzeit, manche ohne warmes Mittagessen, zur Stadt, um dort bei fremden Heimarbeitern bis 7, ja 8 Uhr abzurüppen oder Bidet zu machen. Welche gesundheitlichen und sittlichen Schäden für die Kinder darin liegen, braucht nicht erst erörtert zu werden. Bleiche Gesichter, Unlust zum Lernen, Schlaflosigkeit und Müdigkeit in der Schule kennzeichnen solche Kinder. Vernünftige Vorstellungen bei den Eltern müssen da nichts. Die Kinder verdienen ein hübsches Stück Geld für die Eltern. Alles andere ist Nebensache. Da muß die Gesetzgebung eingreifen und zwar bald, ehe die Jugend völlig verderben ist. Ein Verbot der Beschäftigung von Kindern im eigenen Betriebe der Eltern wird nicht durchzuführen sein, würde auch zu tief in die elterlichen Rechte eingreifen, aber das gänzliche Verbot der Kinderarbeit bei fremden Heimarbeitern ist durchzuführen und durchaus nothwendig.“ — Traurig genug, daß in dem Staate der Sozialreform die Löhne so gering sind, daß die Eltern mit schwerem Herzen ihre noch in der Entwicklung begriffenen Kinder zu solchen Arbeiten hergeben müssen!

**Niedriger hängen!** Der „Correspondent für Deutschland“ Buchdrucker und Schriftgießer, das Organ des Buchdrucker-Verbandes, bringt in Nr. 131 einen Artikel — „Ein Arbeiterführer“ für die siecle — den wir nicht unbeachtet lassen können. In dem Artikel, der sich mit dem Genossen Herbert, dem früheren Abgeordneten für Stettin, beschäftigt, heißt es u. a.:

„Im gewöhnlichen Leben ist der Demagog Herbert in Stettin sozialdemokratischer Exabgeordneter, Schrennerredakteur, Mitglied der Buchdruckergewerkschaft, mehrfacher Delegierter zu

Regierungsrath, war weder Katholik noch Protestant, er hatte sich eine eigene Religion zurecht gezimmert. Und die gute Räthrin ging unter in den vielen kleinen Sorgen des Tages, die hatte nicht Zeit, himmlische Betrachtungen anzustellen, die rief den lieben Gott nur an, weil's doch mal Sitte war.“

Nelda lernte erst mit der Liebe boten. Da schmeichelte sie um Gott herum wie ein Kind um den Vater, sie wollte ihm was abtrotzen; im höchsten Glücksgefühl hatte sie die Hände gefaltet: „Gott, du bist so gut!“ nun, in tiefster Gedankenwelt umherirrend, rang sie die Hände: „Gott, wo bist du?“

Sie suchte, aber nicht in der nüchtern verständigen Formel des Protestantismus. Um die Kirche mit der Weihrauchsluft und der mystischen Dämmerung schwirren ihre Gedanken wie Falter um die Lampe im Dunkeln. „Da beten ech meine Gebethier, den Rosenkranz un die Litanei, dann is et all gut. Un selig werden ech doch.“ sagte die Befia.

Es war nicht das erste Mal, daß Nelda wie heute in der Kirche zu Manderscheid saß. Der Onkel legte ihrem Gehen dorthin nichts in den Weg. „Bin ja selber Katholik, mein Vater und Mutter waren eifrig genug, 's ist nicht ihre Schuld, wenn der Joseph und ich, jeder so auf seine Weise modelt. 's ist was mit der Weihrauchsluft, die wirkt auf die Jugend wie das Federweiz vom jungen Wein. Geh du nur, Kind, wenn dein protestantisches Gewissen sich nicht sträubt; sieh zu, was du findest! Nur durch eigenes Probieren lernt man, wie gekocht sein muss!“

Fortschreibung folgt).

den „Kongressen“ und Mitarbeiter des Organs zur Förderung des Gewerkschaftswesens. Dieser Größe gegenüber haben wir es oft an dem schuligen Respekt fehlen lassen, seiner literarischen Gnadenabsicht die Existenzberechtigung abgesprochen und die verdiente Wiedergabe zu Theil werden lassen. Seit Jahren heißt dieser Demagogie in der schauderhaften Weise gegen den Buchdrucker-Verband, und wird diesem „Genossen“ durch den Buchdrucker-Verband nachgewiesen, vertrieben sich dieser Dr. E. L. H. hinter die Parteischirze. Der Artikel (vom 22. Juli im „Stettiner Volksboten“) ist derart gemein, daß die parlamentarische Sprache keine Worte aufweist, um dieses demagogische Machwerk gehörig zu kennzeichnen. Für diesen Artikel übernimmt außer dem „Stettiner Volksboten“ kein sozialdemokratisches Organ die Verantwortung, am allerwenigsten aber die sozialdemokratische Partei. Würde jener Artikel die Meinung der Partei sein, dann osternd würden wir nicht antreten, unsere Kollegen zur Bekämpfung einer Partei aufzufordern, die unsern Verband vernichten oder gänzlich auszuhalten.

Haben die organisierten Buchdrucker Anlaß zu klagen über Herbert, so mögen sie das thun, niemand wird ihnen das verbauen, um allerwenigsten wir. Die Form jedoch, in welcher der „Correspondent“ gegen Herbert vorgeht, ist — man verzeihe uns das harte Wort! — eispielhaft und unanständig, entspricht auch nicht den Geprägungen, die ganz und gäbe sein sollten unter Leuten, welche gleiche Ziele verfolgen.

## Aus Nah und Fern.

**kleine Chronik.** Über einen heizbürtigen Komiker berichtet die „Ostsee-Zeitung“ aus Stettin: In dem Cafe „Carolus“ an der Pöhlauerstraße wurde am Sonnabend Abend ein Komiker, Namens Max Lehmann während seines Vortrages von den Zuhörern verhöhnt und schließlich ausgepfiffen. Lehmann geriet darüber derart in Wuth, daß er einen Revolver hervorzog und zwei Schüsse auf das Publikum abgab. Glücklicherweise schien der Revolver nicht scharf geladen zu sein, so daß niemand verletzt wurde. Die Gäste bemächtigten sich darauf des Komikers und rissen einen Schuhmann hinzu, der den Uebelthäter zum Wache brachte.

In Kaiserstein gelang es der Kriminalpolizei ein Falschmünzerest auszuheben und eine große Anzahl von Falsifikaten sowie von Werkzeugen und Material zu beschlagnahmen. Zwei Personen sind bereits verhaftet worden. — In Niederhof bei Hohenelbe in Böhmen befanden sich — so wird dem „B. L. A.“ geschrieben — täglich einige halbwüchsige Burschen zum Lauten der Glocken auf dem dortigen Kirchturm. Darunter war auch der 14jährige R., der Sohn eines angesehenen Dorfsassen. Die Jungen spielten „Hängen“, und der R. machte sich erbötzig, die Rolle des „Delinquents“ zu übernehmen. Alles ging recht gut und glatt bis auf das Hängen selbst, das die Jungen so gut besorgten, daß der arme Knabe erdrosselt wurde. Die Rückungen des Sterbenden erachteten die Burschen als gelungene Nachahmung; als sich aber der „Delinquent“ nicht mehr rührte, und die Gesichtsfarbe veränderte, bekamen die Uebelthäter Angst und ramten davon, den rotten Kameraden im Glockenstuhl des Kirchturms hängen lassend. Der Schmerz der Eltern des Knaben ist groß, die Theilnahme an dem Schicksale des auf so eigene Art vernünftigten Knaben ist allgemein. — Ein kurzer, aber sehr starker Erdstoß wurde Mittwoch Nacht in Vernon verübt — Aus Pleßau wird der „B. Btg.“ über einen grauenhaften Gattenmord berichtet. Ein 68 Jahre alter Hausherr hatte seine Frau mit einem Beile erschlagen, den Leichnam zerstückelt und in den brennenden Ofen geworfen. Darauf ging er zu seinem in der Stadt wohnenden Sohn, gab ihm den Schlüssel zu seiner Wohnung mit dem Auftrage, denselben der Mutter zu geben und war von dieser Zeit ab spurlos verschwunden. Erst nach einigen Tagen machten die Nachbarn der Polizei Mitteilung, daß aus der verschlossenen Wohnung ein übler Geruch hervordringt, und als man die Thüre gewaltsam öffnete, entdeckte man Blutschalen und die verfrohlten Reste der zerstückelten Leiche. Am

folgenden Tage wurde auch der Mörder in einem Wirthshaus entdeckt und verhaftet. Er gestand die That ein und gab als Beweggrund an, er sei es überdrüssig geworden, von seiner Frau fortgejagt zu werden.

**Ahlwardts Pelz.** Die Männer der Ordnungspartei, die ab und zu das Bedürfnis zu haben scheinen, sich einmal tückisch zu blamieren, gaben sich dieser Tage wieder im Landgericht zu Halle a. S. ein Rendezvous, bei dem auch recht erbauliche Dinge über den alten ehrlichen Abgeordneten Ahlwardt zur Sprache kamen. Es handelte sich um die bekannte Sitzung der konservativen Vertrauensmänner, bei der der Geschäftsführer der „Halleschen Zeitung“ dem agrarisch gesinnten Dr. Kreubel mit dem Stuhle zu Leibe wollte, lechterer den Besitzer dieser Zeitung Otto Thiele als Lump bezeichnete und Thiele den Dr. Kreubel mit anderen Redewendungen beschimpfte. Herr Thiele erzählte ein Geschehen, von einem antisemitischen Abgeordneten, der zu ihm gekommen sei, um sich zur Agitation einen Pelz, mit dem er bei den Bauern Eindruck machen wollte, zu borgen. Als er damit leider nicht kommen konnte, habe ihm der Abgeordnete 100 Mk. abgezogen, die er heute noch nicht wieder erhalten habe. Thiele wollte unter „Discretion“, damit der betreffende Abgeordnete nicht öffentlich kompromittiert werde, dem Gerichtshof ein Schriftstück und einen Schuldschein übergeben, um damit seine Behauptung zu beweisen. Der Gerichtshof lehnte aber die Einsichtnahme dankend ab. Bald darauf erschien aber der Tischlerzunftmeister Gürth und erzählte ganz ungeniert, daß er schon lange gewußt habe, daß der Abgeordnete Ahlwardt derjenige gewesen sei, von dem Thiele die Sache in der konservativen Vertrauensmänner-Sitzung erzählt habe. Der humorvolle Vorsitzende jener konservativen Vertrauensmänner-Sitzung, Professor Sichland, versuchte „nachzuweisen“, daß der in Frage kommende standhalbe Vorgang im Restaurant „Goldene Schiffschen“ mit der konservativen Partei und konservativen Gesinnung „an sich“ gar nichts zu thun habe. Vom Schöffengericht waren Thiele und Dr. Kreubel wegen gegenwärtiger Bekämpfung zu je 40 Mk. Geldstrafe event. vier Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Die Strafammer verwarf die eingeklagten Verhüllungen.

**Die „Sieben Arbeitswilligen“.** Wir lesen in der „Münch. Post“: Wie schon früher festgestellt, zählte der Münchener Raum vor der Marburger zur Kategorie der Arbeitswilligen. Allähnlich eines Ausstandes der Arbeiter einer Passinger Schnibfabrik fungierte der Bursche seiner Zeit als Streitbrecher. Und nicht un interessant ist es, daß der Holzbildhauer Friedrich Breitmoser, der am Montag Abend seine Geliebte und dann sich selbst töten wollte, während des Bildhauerstreits im vorigen Jahre ebenfalls ca. zwölf Wochen lang Streitbrecherdienste versah und auch als Zeuge gegen organisierte Arbeiter vor Gericht erschien. Diese Sorte von Arbeitswilligen machen den Vätern der Zuchthausvorlage sicher wenig Freude, doch gehören sie auf jeden Fall in die berühmte Denkschrift.

**Das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden,** versteht die Gemeindevertretung von Klein-Blindow vorzüglich, wie aus nachfolgendem Zusatz im „Uebermärkischen Courier“ hervorgeht:

Gemeindekrug von Klein-Blindow.

Morgen, Dienstag Abend 8<sup>½</sup> Uhr:

Deutliche Gemeinderaths-Sitzung

verbunden mit  
großem Pökel-Gisbein- und Sauerkohl-Wohltätigkeitsessen.

Neber 1600 Mädchen sind täglich nahezu 12 Stunden in Pimlico im Auftrage des britischen Armeebekleidungsdepartement mit der Versorgung der Soldaten in Südafrika nothwendigen Kleider und Wäsche beschäftigt. Sie erhalten einen Wochenlohn, der zwischen 23 und 45 Shilling schwankt. Die Produktion ist eine ziemlich gleichmäßige. Jeden Tag werden ungefähr 2000 vollständige Anzüge fertig, ferner 4—5000 Hemden. In einem anderen Raum der Fabrik sind Männer mit Schnittearbeit beschäftigt. Die Kleider werden in 36 verschiedenen Größen hergestellt. Das Departement muß auch für eine ungeheure Anzahl von kleineren Artikeln Sorge tragen. Für die Kleider allein müssen 8 400 000 Knöpfe herbeigeschafft werden; eine Anzahl von Haken, Schnüren etc.

müssen stets vorhanden sein. 600 000 Nadeln mit Zwirn und Fingerhüten wurden den Kleidern beigegeben. 8000 Pakete im Gewicht von 16 000 Zentnern haben bisher das Departement verlassen.

**1900 ist kein Schaltjahr.** Nach dem Gregorianischen Kalender unterbleibt im letzten Jahre eines jeden Jahrhunderts die Einführung eines Schalttages, außer wenn die Zahl der nach Ablauf des Jahres verlorenen Jahrhunderte durch vier teilbar ist. So waren die Jahre 1700 und 1800 keine Schaltjahre, 1900 wird auch keins sein, wohl aber 2000, 2400, und 2800 usw. Da hätten sich also die an einem 29. Februar Geborenen für nächstes Jahr vergebens auf ihren veritablen Geburtstag freuen und müssen diesmal statt vier Jahre sogar acht Jahre, nämlich vom 29. Februar 1896 bis zum 29. Februar 1904, warten.

**Die Stopzen.** Das traurigste Los unter allen Verschickten in Sibirien trifft die Stopzen, eine freireligiöse Sekte, deren Mitglieder wegen ihrer „staatsgefährlichen“ Glaubenslehre, sobald sie sich zu derselben auch nur durch ein Wort bekennen, verschickt werden. Die Stopzen werden zu lebenslänglicher Ansiedlung ausschließlich nach dem Gouvernement Jakutsk verwiesen. Unter keinen Umständen darf ein verschickter Stopze dies Gebiet verlassen, während es allen anderen Verschickten nach Ablösung ihrer Strafe freigestellt ist, sich beliebig einer Bauerngemeinde innerhalb der Grenzen Sibiriens anzuhängen zu lassen. Unter diesem grausamen Gesetz kommt es unter den Stopzenfamilien nicht selten zu Trennungen zwischen Mann und Frau, zur Auflösung der Familie und dem Verlust ihres letzten Hab und Gutes. So berichteten dieser Tage russische Blätter wieder über einen Fall, wo ein Verschickter, der in der Zeit seiner „Strafverbüßung“ ein stopziges Mädchen geheirathet hatte, nach abgelaufener Frist das Gebiet verließ, um in einem angrenzenden Gouvernement für seine Familie ein Heim mit gutem Gewerbe zu schaffen. Dieses gelang ihm auch. Der Mann ist dann wiedergekommen, um sein Weib und Kind in die neue Heimat zu bringen, aber die Behörden ließen es nicht zu, weil das Weib, ihres Glaubens wegen verschickt, Zeit ihres Lebens im Jakutsker Gebiet verbleiben müsse.

**Das Nischenkulturwerk der sibirischen Eisenbahn** schreitet rüstig vorwärts. Es ist bekannt, daß Russland den Bau allerdings keineswegs ausschließlich im Kulturrestinteresse unternommen hat, sondern aus strategischen und politischen Absichten. Das erklärt auch die gewaltigen Auswendungen, für welche das Geld ohne weiteres zur Verfügung steht, während für Förderung lediglich kultureller Aufgaben — nicht bloß in Russland — die Mittel zu sparen. „Sibirskijs Tschod“ gibt über die Kosten der verschiedenen Theile der großen sibirischen Eisenbahn folgende Ziffern: Es kostet die Ussurilinie bei 723 Werst Länge 42,25 Millionen Rubel, die Westsibirische Linie bei 1327 Werst Länge 46,12 Millionen, die Zentral-sibirische Strecke von 1805 Werst Länge 163 Millionen, die Strecke Irkutsk-Baikal bei 62 Werst 2,8 Millionen, die Strecke über den Baikalsee 3,2 Millionen, die Transbaikallinie bei 1038 Werst 71 Millionen und die Baikal-Irkutalinie bei 280 Werst 38 Millionen. Hierzu sind noch 29 Millionen für die chinesische Strecke zu rechnen und in Summa kostet also die Eisenbahn 335,5 Millionen Rubel oder ca. 750 Millionen Mark. Die Kosten pro Werststrecke betragen durchschnittlich 54 000 Rubel. Einer der wichtigsten Eisenbahnan schlüsse für die Westsibirische Bahn wird die Linie zwischen Orenburg und Taschentje sein, für welche die Vermessungen gerade fertig gestellt sind. Sie führt direkt auf Afghanistan zu und wird England um seinen Einfluß auf dieses Land, ja um seine indischen Besitzungen besorgt machen. Mit jeder neuen Eisenbahnstation verbindet Russland die Errichtung einer Garnison, die dann für militärische Operationen den Stützpunkt bilden kann.

**Radikale Lösung der sozialen Frage.** Im Chatanooga Circle zu Newburg im Staate Newyork schloß dieser Tage der Methodist-Prediger Wixson eine Vorlesung über „Sozialismus“ mit der Erklärung, daß die soziale Frage am besten durch die Ausrottung aller Verbrecher und aller Unzufriedenen gelöst werden könne. Die Guillotine sei zu blutig, das Henken zu gewaltthätig, die elektrische Hinrichtung zu kostspielig, daher schlage er als bestes Mittel Chloroform vor. Ein Gemüths Mensch!

## Laubsäge-Holz

per Meter von 90 Pf. an.  
Vorlagekatalog u. Preisliste  
über alle Laubsäge- und Kerbschnitt-  
Utensilien gratis.

**G. Schallier & Co.**  
Konstanz, 3 Marktstätte 3.

## Fleischhof-Maschinen, Wirtschaftswaagen

empfiehlt  
**H. Hentschel, Hürstr. 32**  
Schleiferei — Reparatur.

Gute Cigarren, 100 Stück 2,90 Mr.  
Johannisstr. 17—19.

Ba. hiesiges Schweinst. Pf. 55 Pfsg.

„ Kalbfleisch Pf. 40 Pfsg.

„ fetten und magern Speck  
Pfund 70 Pfsg.

„ Queensteigh Pf. 55 Pfsg.

„ gefügte Wurst Pf. 60 Pfsg.

„ geräucherte Wurst Pf. 70 Pfsg.

empfiehlt

**W. Strohfeldt**

Glockengießerstraße 73.



## Wilh. Oldenburg

Korbmacher

**Fünfhausen 26**

empfiehlt sein Lager von

Puppenwagen, Korb-

waren u. -Möbeln

jeglicher Art

— zu billigen Preisen. —

Anfertigungen u. Reparaturen

werden sauber u. gut ausgeführt.

## Fleckers' Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25

empfiehlt zur bevorstehenden Saison allen Möbel-

fäfern sein reich assortirtes Lager

nur gut gearbeiteter

Möbel u. Polsterwaren.

## Strümpfe

kaufst man billig

in der

Maschinen-

Strickerei

von Herm. Hornbogen, Fischstr. 27.

# Total-Ausverkauf

des gesamten Waarenlagers der Firma Gebr. Landsburger, Holstenstr. 10,

## wegen Geschäfts-Abflösung!

Um mit unseren großen Vorräthen in kürzester Zeit gänzlich zu räumen, haben wir in allen Abtheilungen des gesamten Waarenlagers nochmals

### ganz bedeutende Preismäßigungen

eingetreten lassen und bietet sich Ihnen hierdurch eine selten günstige Gelegenheit, Ihren Bedarf an

### Herren- und Knaben-Garderobe

zu bisher noch nie dagewesenen Preisen zu decken.

### Es liegt in Ihrem eigenen Interesse

sich davon zu überzeugen, daß diese Bekanntmachung der wahren Thatache entspricht, daß

### wegen vollständiger Geschäftsaufgabe

total auverkauft und bis auf das letzte Stück geräumt sein muß; daher wird

ohne Rücksicht auf sonstige Preise abgegeben:

### Winter-Paleto's

in diversen Stoffen, Farben und Größen,  
früher Mf. 7½, 9, 13½, 18, 26, 30, 40, 46,  
jetzt nur Mf. 4½, 6, 7, 10, 15, 14, 18, 24, 25.

### Herren-Mäntel

in Gehrock, Rock- u. Jackett-Staco, in allen Größen, Qual. u. Farb.  
früher Mf. 9, 12½, 14, 17, 20, 23½, 30, 40, 48,  
jetzt nur Mf. 5, 7, 8, 10, 13, 15, 14, 19, 25, 27.

### Juppen u. Jackets,

jetzt nur Mf. 3½, 4½, 5½, 7, 9, 10, 15, 14.

### Pellerinen-Mäntel

in allen Größen  
mit Farben, jetzt nur Mf. 7, 9, 12, 15, 18, 19½, 24.

### Herren-Hosen

in allen Facous, früher Mf. 2½, 3, 5, 7, 10, 12, 15½,  
jetzt nur Mf. 1½, 1½, 3, 4½, 6½, 7, 10.

Knaben- und Sünglings-Mäntze, Pellerinen-Mäntel und Paleto's, sowie  
jämmtliche Arbeiter-Garderobe zu jedem nur annehmbaren Gebot.

Sämtliche Facous, Größen und Weiten sind vorrätig. — Unser Personal  
ist stets angewiesen, Niemand zum Kauf zu animieren, den nicht die Billig-  
keit dazu veranlaßt. Natürsch — soweit Vorräte vorhanden — gestattet.  
Unsere Geschäfts-Lokalitäten sind Wochentags permanent von Morgens 7 bis  
Abends 10 Uhr, Sonntags von 7—9 und von 11 bis 12 Uhr für den Verkauf  
geöffnet.

**Total-Ausverkauf. Total-Ausverkauf.**

## Gebr. Landsburger

nur allein Holstenstraße 10 nur allein Holstenstraße 10.

**Central-Hallen.** Jeden Samstag: **G. Janz** in beiden Sälen.

**Concert-Haus „Flora“**

Jeden Sonntag:

## Tanzkränzchen.

Ende 12 Uhr.

F. Grammerstorff.

**Neu-Lauerhof. Grosses Tanzkränzchen**

Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.

## Wilhelmshöhe.

Sonntag den 19. November:

### Verkegeln

von fetten Gänsen u. Karpfen

Hierzu lädt alle Bekannte und Freunde

festlich ein

**L. Weiss.**

### Berichteßen

von

Rindfleisch, Wurst und Schinken  
am Sonntag den 26. Novbr.

im Locale des Herrn F. Leeke

Lederstraße 3.

Einsatz 30 Pfg., wofür 3 Schüsse  
Hierzu lädt freundlich ein

**F. Leeke.**

## Quartettverein Amicitia.

Gesellschafts-Abend der Sänger  
am Sonntag den 19. Novbr.

bei Herrn Grauer, „Eusebius-Garten“

Beginn 7 Uhr. Eintritt 50 Pfg.

NB. Andere ist der Abend nicht geplant.

Einzelheiten haben keine Gültigkeit.

Der Vorstand.

## Elysium.

Heute Sonntag:

### Tanzkränzchen.

R. Havemann.

# Pflicht der Hausfrau

ist es, daß, bevor sie ihren Bedarf in Manufaktur-, Weiss- und  
Wollwaren deckt, daß

## Parthie-Waaren-Geschäft

### Mengstrasse 4

besucht, und sich von den wirklichen Vortheilen, welches dieses Geschäft bei jedem Einkauf bietet, überzeugt.

Eine Parthie hübscher Kleiderstoff, 6 Meter 4,50, 3,00, 1,50 Mf.

Eine Parthie Damen-Schürzen mit Adsel, 2,00, 1,50, 0,60 Mf.

Eine Parthie Küchen-Schürzen, doppelseitig, 1,45, 1,30, 0,85, 0,50 Mf.

Eine Parthie Nachttücher, 1,10, 1,00, 0,98, 0,88 Mf.

Eine Parthie Handtuchhänden mit Spitze, 1,50, 1,25, 0,75 Mf.

Eine Parthie Seinkleider u. br. Stofferei, 1,40, 1,30, 0,95, 0,80 Mf.

Eine Parthie Hemdenstrümpfe, 50, 40, 35, 20 Pf.

Eine Parthie schw. Schürzen mit od. ohne Adsel, 1,85, 1,50, 1,35 Mf.

Eine Parthie Fauch-Gehäckleider sehr preiswert.

## Reste

Kleiderstoffe.

Stoffe.

Schürzenzunge

Pique u. s. w.

## Parthie-Waaren-Geschäft

### Mengstrasse 4.

### Mengstrasse 4.

## Speise-Hallen „Hansa“

### Mr. 21 Fischstraße Mr. 21.

Täglich großer Mittagstisch von 11½—2½ Uhr à Person 40 und 50 Pfg., im Abonnement billiger.

Abendessen von 6—9 Uhr à Person 30 und 40 Pfg.

Für Frauen separate Speisezimmer.

## Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erkältung oder Überbeladung des Magens, durch Gewissensmangel, schwer verdorssen, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie

### Magenkatarrh, Magenkampf,

Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hansmittel empfohlen, dessen vorzügliche heilsame Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte

### Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der

## Hubert Ullrich'sche Kräuter-Wein.

Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichen, heilkraftig befundenen Kräutern mit getreuem Wein bereitet, und stärkt und belebt den ganzen Verdauungsorganismus des Menschen ohne ein Absführmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt alle Störungen in den Blutgefäßen, reinigt das Blut von allen verdorbenen krankmachenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weines werden Magenübel meist schon im Keime erstickt. Man sollte also nicht säumen, seine Anwendung allen anderen schweren, ätzenden, Gesundheit zerstörenden Mitteln vorzuziehen. Alle Symptome, wie Kopfschmerzen, Aufstoßen, Gedröhnen, Blähungen, Hebelkeit mit Erbrechen, die bei chronischen (veralteten) Magenreizern um so heftiger auftreten, werden oft nach einiger Mal Trinken beseitigt.

**Stuhlkörperstopfum** und deren unangenehme Folgen, wie Be-  
Schleißigkeit, sowie Blutanstanungen in Leber, Milz und Pfortaderhystem  
(Hämorrhoidalleiden) werden durch Kräuter-Wein reich und geltend beseitigt.  
Kräuter-Wein behobt jedwede Unverträglichkeit, verleiht dem Verdauungssystem einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl alle unangenehmen Stoffe aus dem Magen und Gedärmen.

**Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Euthrästung** sind meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und eines fränkhaften Zustandes der Leber. Bei gänglicher Appetitlosigkeit, unter nervöser Anspannung und Gemüthsverstimmung, sowie häufigen Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten, siehen oft solche Kranken langsam dahin. **Hubert Ullrich'sche Kräuter-Wein** zieht den geschwächten Leibwirkt einen seichten Saft aus. **Hubert Ullrich'sche Kräuter-Wein** steigert den Appetit, befördert Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beschleunigt und verbessert die Blutbildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken neue Kräfte und neues Leben. Zahlreiche Anerkennungen und Dankesreden beweisen dies.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à Mf. 1,25 und Mf. 1,75 in: Lübeck in den Apotheken (Deutsches Adler, Löwen- und Sonnen-Apotheke) und in Cramm, Steinhorst, Bornhöved, Gutin, Reitbede, Oldesloe, Schönberg, Rendsburg, Ahrensburg, Schwartau, Travemünde, Gleschendorf, Ohnsdorf, Dassow, Grevesmühlen, Rehna, Blankensee, Russe, Mölln, Trittau, Ahrensburg, Segeberg, Neustadt, Plön, Lütjenburg, Oldenburg i. O., Neumünster, Seeligenhafen, Cismar, Altona, Hamburg u. s. w. in den Apotheken.

Auch versendet die Firma Hubert Ullrich, Leipzig, Weststraße 82, drei und mehr Flaschen Kräuter-Wein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und listefrei.

## Vor Nachahmungen wird gewarnt!

Man verlange ausdrücklich:

## Hubert Ullrich'schen Kräuterwein.

Kein Kräuter-Wein ist ein Geheimnis; seine Bestandtheile sind: Malaga-Wein 450,0, Weinbrand 100,0, Glycerin 100,0, Rotwein 240,0, Ebereschen-Jaft 150,0, Kirschoft 320,0, Fenzel, Anis, Helsenewurzel, amerikanische Kräutewurzel, Engianwurzel, Kalmuswurzel aa 10,0.